

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgefaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amftliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 82.

Montag, den 7. April 1919.

26. Jahrg.

## Die Lebensmittelhilfe.

Nach einer harten fünfmonatigen Geduldsprobe bewahrt sich nun doch für das deutsche Volk, daß Frieden Brot bedeutet. Freilich ein einstweilen noch recht teures Brot, denn die Preise, die wir für die eingeführten Lebensmittel zahlen müssen, sind recht erheblich. Immerhin darf nicht vergessen werden, daß diese Preise, wenn sie auch die der rationierten Lebensmittel übersteigen, ganz erheblich hinter den Schleichhandelspreisen zurückstehen. Der Speck, der uns etwa 5 Mk. das Pfund kostet, war im Schleichhandel längst auf 30 Mk. getrieben (und außerhalb des Schleichhandels gab es so gut wie keinen); feines Weizenmehl wurde im Schleichhandel mit 6 Mk. und mehr das Pfund bezahlt. Immerhin könnte das Ausland billiger sein, wenn nicht ein Teil der eingeführten Ware benötigt würde, um die bisherige Brotproduktion aufrechtzuerhalten. Da das Reichsernährungsamt den Brotpreis nicht weiter erhöhen will, so schlägt es das, was beim Brot zugesetzt werden muß, auf den Mehlpreis auf.

Im Volke wird man es mit sichtlicher Erleichterung begrüßen, daß zum ersten Male nach fünf schrecklichen Jahren es mit der Ernährung statt abwärts wieder aufwärts geht. Namentlich die Verdrickung der Fettration, die durch die neuen Zulagen geschaffen wird, kann am ehesten die bisherigen Entbehrungen lindern. War doch der fürstbare Fettmangel die Hauptursache der Unterernährung. Daß die Industriearbeiterschaft und die Bevölkerung der großen Städte vor dem platten Lande beliefert werden, wird kein billiger Denker als Ungerechtigkeit bezeichnen dürfen. Lehren doch persönliche Erfahrungen wie Statistiken übereinstimmend, daß die Unterernährung der städtischen Bevölkerung während der vier Kriegsjahre eine viel schlimmere gewesen ist, soweit man auf dem platten Lande überhaupt von einer Unterernährung sprechen konnte. Jedenfalls ist statistisch erwiesen, daß den enormen Gewichtsabnahmen der städtischen Bevölkerung nur ganz minimale Gewichtsabnahmen der Landbevölkerung gegenüberstanden.

Die Auslandshilfe würde noch viel kräftiger wirken, wenn nicht unsere eigenen Ernteaussichten so miserabel wären. Leider trägt hieran auch ein Teil der Arbeiterschaft die Mitschuld, denn bei besserer Kohlenförderung, stetigem Eisenbahnverkehr und genügender Stickstoffherstellung könnten die Landwirte einen großen Teil des künstlichen Düngers haben, der jetzt fehlt und den alle Arbeit nicht ersetzen kann. Da die uns gestattete Einfuhr die normale Friedens-Einfuhr an Menge und Nährwert übertrifft, (wobei freilich die fehlende Futtermittelaufuhr nicht mitgerechnet ist), so könnten wir bei normaler Ernte wieder fast wie in Friedenszeiten leben, aber leider ist an eine solche Ernte nicht zu denken.

Überwiegt ist jedenfalls die Behauptung, mit der die imperialistische Agitation arbeitete, daß Deutschland von der Ernte noch keine Lebensmittel erhalten würde und daß das einzige Mittel zur Verbesserung unserer Ernährung in der Anlehnung an das bolschewistische Rußland bestünde. Die Behauptung, daß die Sowjetregierung uns Lebensmittel abgeben würde, ist bereits als Schwindel gekennzeichnet worden. Aber selbst wenn sie es getan hätte, so wäre es sicher bei diesem Angebot geblieben. Daß Rußland uns wirklich Lebensmittel liefern könnte, und gar solche Mengen, wie wir sie jetzt erhalten, ist völlig ausgeschlossen. Die Verbesserung der Ernährung, die sich in wenigen Tagen fühlbar machen wird, ist daher ein Erfolg der Regierungspolitik und ein Beweis, daß, solange es geht, auf diesem Wege fortgefahren werden muß.

## Die Bewegung im Reich.

Während der Friede in greifbare Nähe rückt, droht Deutschland im Innern der Zusammenbruch. Unverantwortliche reden der Arbeiterschaft ein, daß nur durch ein wildes Durcheinander ihr Heil erblihen könne. Denselben Arbeitern, die jahrzehntlang ihre selbstgebauten Organisationen blühen und sich entwickeln sahen, die in allen Lebensstürmen sich bewährten und ihnen Schutz boten. Nun auf einmal soll das alles nicht mehr gelten, was sich die Arbeiterschaft selbst geschaffen hat. Wir können uns jedes weitere Wort dazu ersparen, indem wir auf den Artikel des Genossen Hue verweisen. Nur soviel sei noch gesagt, diesen Selbstmord darf die Arbeiterschaft nicht begehen. Gewiß geht manches in der neuen Zeit nicht nach unserem Wünsche und nicht schnell genug, aber um Bewährtes, Dauerndes zu schaffen, dazu sind Putz und Gewaltstreiks, die unser kümmerliches Wirtschaftslieben noch ganz unterbinden und die langsam einsetzende Nahrungsmittelzufuhr in Frage stellen, erst recht nicht die geeigneten Abhilfsmittel. Wer glaubt, daß es mit der Sozialisierung nicht rasch genug vorwärts geht, der wird doch zu allererst zugeben müssen, daß auch der linksradikalste Kommunist es nicht für möglich hält, kapitalistische Betriebs-

formen von heute auf morgen in sozialistische umzustülpen, sondern daß alle Sozialisten und Kommunisten darin einig sind, daß dazu erst einmal die Ausarbeitung von Plänen nötig ist.

Befreit aus den jahrhundertalten Fesseln wird das Volk durch die jetzige Methode nicht, sie ist höchstens dazu geeignet, den Kapitalisten zu nützen. Die ihr Leben lang organisierte Arbeiterklasse darf sich nicht von kaum flügge gewordenen Himmelsstürmern überdüpeln lassen. Und sie wird es auch nicht. Sie muß das Vertrauen in ihre eigene Kraft bewahren, dann ist keine Macht der Erde imstande, das Recht ihr streitig zu machen.

Aus dem Reiche ist zu verzeichnen:

Der Zentralrat, früher Runderkommission, in Essen drahtet der „Freiheit“: Eine im städtischen Saalbau in Essen abgehaltene und angeblich von 540 legitimierten und berufenen Vertretern der Belegschaften von 207 Schachtanlagen besuchte Delegiertenkonferenz sprach den alten Verbänden das Recht ab, im Namen der revolutionären Bergarbeiter zu sprechen und zu verhandeln. Dazu sei allein der Zentralrat bevollmächtigt. Weiter werden die revolutionären Mitteldeutschlands und Schlesiens aufgefordert, sich mit den streikenden Ruhrbergleuten solidarisch zu erklären. Falls bis Mittwoch, 9. April, mittags 12 Uhr, die Forderungen der Bergarbeiter nicht restlos bewilligt seien, seien die Notstandsarbeiten nicht mehr auszuführen. Die Konferenz spricht denen, die sich für die Regierungstruppen haben anmerben lassen, ihre tiefste Verachtung aus und beschließt, dafür Sorge zu tragen, daß diese künftig bei keinem Werk angeheilt werden. Sie sollen gemieden werden wie die Pest. Nach dieser Meldung sind bis Sonnabend 5 Uhr 215 Schachtanlagen mit 945 000 Mann als im Generalstreik befindlich gemeldet worden. Es sei anzunehmen, daß die zum Teil noch arbeitenden 35 Zechen sich in den nächsten Tagen anschließen werden.

Die Arbeiter der Krupp'schen Werke in Essen, mehr als 10 000 Mann, haben sich dem Generalstreik angeschlossen und sich mit den Forderungen der Bergarbeiter solidarisch erklärt. Ueber den Streik bei Krupp liegt noch eine weitere Meldung vor, wonach die Arbeiter in große Erregung geraten seien, weil in den Kruppwerken einige Risten mit Waffen und Munition gefunden worden seien. Die Arbeiter glauben, daß diese Waffen von den Beamten gegen die Arbeiter verwendet werden sollten. Die Firma Krupp erklärt, daß diese Waffen aus den Beständen der Kommandantur herührten, die vor einigen Wochen auf Anordnung des Generalkommandos der Firma übergeben wurden, weil sich von dort aus die Verladung leichter bewerkstelligen liege. Einige Beamte, die an den Vorarbeiten für die Schaffung der Essener Reservewehr beteiligt waren, hätten aus diesen Beständen mit Genehmigung des Generalkommandos, aber ohne Wissen des Direktoriums der Firma, 24 Gewehre und Maschinengewehre für die Reservewehr zurückbehalten. Diese Beamten sind von ihrem Dienst dispensiert worden. Da der Streik sich auch auf die Kruppwerke erstreckt, liegt der gesamte Betrieb still.

In Düsseldorf beschloß die Generalstreik-Kommission mit großer Mehrheit, Montag mittags 12 Uhr in den Generalstreik gegen die Regierung einzutreten. Feuerwehr, Lebensmittelversorgung, die Gas- und Wasserwerke bleiben ausgenommen. — Der für heute mittags verkündigte Generalstreik hat bisher die Wirkung gehabt, daß der Betrieb der städtischen Straßenbahn wegen Strommangels eingestellt werden mußte. Nachmittags fand unter freiem Himmel eine große Versammlung der Kommunisten statt. Im Anschluß daran bewegte sich der Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. Die größeren Restaurants und Cafes haben freiwillig ihre Betriebe geschlossen.

Der Zentralrat teilt mit: Bis jetzt stehen von den Bergwerken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes 221 Zechen mit 370 000 Bergarbeitern im Generalstreik. Die gesamte Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes, von dessen Stromnetz die Licht- und Kraftstrom-Versorgung aller umliegenden Städte des Industriegebietes abhängig ist, hat sich dem Generalstreik angeschlossen. Für die Versorgung der öffentlichen Anstalten und Krankenhäuser mit Licht und Kraft hat die Zentral-Streikleitung die Aufrechterhaltung des auf das Notwendigste eingeschränkten Betriebes des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes für Notstandsarbeiten zugestanden.

In Weimar wird eine große Streikagitation betrieben, welche mit der Behauptung arbeitet, daß durch die Befestigung der Nationalversammlung und der dazu gehörigen Personen die Volksernährung in Weimar erheblich verschlechtert werde. Dies wird jedoch als unrichtig erklärt, zumal Weimar zahlreiche Sonderzuweisungen, insbesondere an Seefischen, Rucherwaren, Süßfrüchten, Tabak usw., erhalten habe. In Wahrheit richtet sich die Bewegung nach der Meldung der „Voss. Ztg.“ gegen die Konzentrierung der Freiwilligen in und um Weimar und gegen die Anwesenheit der Berliner Schulkleute. Darin will man einen Beweis dafür erblicken, wer die Anführer und Träger dieser Bewegung sind. Sonnabend nachmittags sollte sich ein großer Demonstrationzug zum Rathaus und zur Nationalversammlung bewegen, um gegen die vermeintliche Verkünderung der Nahrungsmittelversorgung, gegen das Freikorps und gegen die Berliner Schulkleute zu demonstrieren.

Der bürgerliche Abwehrstreik in Stuttgart wurde für beendet erklärt. Die Tageszeitungen erscheinen wieder, doch ruht noch der Verkehr.

## Die Räte-Republik in Bayern.

Ueber die Geschehnisse in Bayern sind in den letzten Tagen eine Unmenge Telegramme verbreitet worden, die durch die Ausrufung der Räterepublik alle überholt sind. Zu erwähnen bleibt nur noch die Rede des Augsburger Volksschullehrers Nitsch, (Vorsitzender des Zentralrats) der im Löwenteller in München sagte, man sei des Streikers gegen die Sozialisierungspläne Dr. Reu-

raths müde. Die Einberufung des obersten Rates der Republik sei ein Schlag gegen das gesamte Proletariat wie gegen die Regierung. Die Ausrufung der bayerischen Räterepublik werde in ganz Deutschland vorbildlich wirken und den Ausbruch der Weltrevolution zur Folge haben. Dr. Wadler erklärte, die Aufgabe der nächsten Tage und Stunden heiße: Befestigung der Parteien, Einigkeit des gesamten Proletariats, Generalstreik, Ausrufung der Räterepublik und Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Diese Ankündigung wurde von der Mehrheit stürmisch begrüßt.

## Die Landespartei gegen die Räterepublik.

Eine außerordentliche bayerische Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei, die am 6. April im Künstlerhaus in Nürnberg tagte, hat sich mit 42 gegen 8 Stimmen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räte-Republik im Volksstaat Bayern erklärt.

## Die Proklamation.

In der Nacht von 6. auf den 7. April ist die Räterepublik ausgerufen worden. Die Proklamation hat folgenden Wortlaut:

An das Volk in Bayern!

Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räte-republik. Das wertfähige Volk ist Herr seines Geschicks. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Bayerns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Partei-gegensätze mehr getrennt, sind sich einig, daß von nun an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialen Gemeinwehens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfürstbare Gebilde des überkommenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volke verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein: die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtenums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit am neuen Werke aufgefordert. Das System der Bureaucratie aber wird unverzüglich ausgetrotet. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutze der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine Rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf, dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Hert-Schweidemann-Roske-Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschäft des in Smack zusammengebrochenen deutschen Kaiserreiches fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brüderröcker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariaten, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, im Ruhrgebiet, im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, erzieht die bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag ernannt. Zum Zeichen des beginnenden Abschiedes vom fluchwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, dem 7. April, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des wertfähigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen.

Es lebe das freie Bayern, es lebe die Räterepublik, es lebe die Weltrevolution!

## Aus dem Erwerbslosen-Kongress.

Während sich am Sonnabend der Reichserwerbslosenkongress wenigstens sichtlich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Notlage der Erwerbslosen befaßte, ging am Sonntag auf die Teilnehmer des Kongresses ein Revolutionsgewitter nieder, dem sie nicht standhalten vermochten. Unter anderem war von kommunistischer Seite eine Entschlieung beigebracht worden, nach der die Arbeiter aufgefordert werden sollten, die Steuer- und Mietzahlung zu verweigern. Der Antragsteller Heerfurth führte aus, daß die Entschlieung nur dazu dienen solle, um, wenn auch die Zahlungsverweigerung jetzt nicht durchgeführt werden könnte, wenigstens Wohnungen im Staatsbetriebe herbeizuführen. Indessen war die Mehrheit der Versammlung doch zu vernünftig, den Antrag abzulehnen. Mit 23 gegen 22 Stimmen wurde auch eine Entschlieung abgelehnt, die forderte, daß die Regierung die Nationalversammlung aufzulösen und dann selbst zurücktreten solle. Dagegen wurde eine andere Entschlieung angenommen, in welcher der

Reichsregierung das schärfste Misstrauen ausgesprochen und die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt wurde. Weitere Entschlüsse wandten sich gegen die Freiwil提高ruppen. Die Geschäfte, die Werbeplakate aushängen, und die Zeitungen, die Werbeanzeigen annehmen, sollen boykottiert werden. Die Frauen und Mädchen des Proletariats wurden aufgefordert, die Freiwil提高gen zu meiden wie die Pest. Ein Antrag beantragte das Auswärtige Amt, beim russischen Volkskommisssar des Heubereits anzufragen, ob die Sowjetregierung u. a. bereit sei, deutschen Landwirten Land, Saatgut und Kühe zur Verfügung zu stellen. In der Ausschussarbeit wurde mehrfach von Kongreßteilnehmern verlangt, daß unter ihnen keine Klarheit über das, was werden solle, bestünde und daß sie mit dem Verlaufe der Verhandlungen in dieser Form nicht zurecht kämen. In der Tat haben die zahlreichen Redner, die Entschlüsse der vorerwähnten Art einbrachten, der Sache der Arbeitslosen nichts genützt; dem wirklichen Problem der Arbeitslosigkeit ist man dadurch nicht näher gekommen.

## Politische Rundschau. Deutschland.

### Alle Macht den Arbeiter- und Soldaterräten!

Bei den jüngsten Verfassungsdebatten in der preussischen Landesversammlung hat niemand eifriger das Räteystem in seiner hochwissenschaftlichen Form vertreten als der Vorsitzende der unabhängigen Fraktion, Dr. Kurt Rosenfeld. Aber der Mann kann auch anders.

Der Berliner Vollzugsrat beschloß jüngst, die vier Berliner Volksbeauftragten Seymann und Bruns, Wegl und Rosenfeld abzuberufen, und die Aufsicht über die Gemeindeverwaltung seinen eigenen kommunalen Ausschuss zu übertragen. Gegen diesen Beschluß wandte sich niemand eifriger und eindringlicher als — Dr. Kurt Rosenfeld. Er setzte dem Vollzugsrat auseinander, daß der Versuch, den Magistrat von Berlin jetzt einer neuen Aufsichtskommission zu unterstellen, den sofortigen Rücktritt des auch von den sozialdemokratischen Parteien hochgeschätzten Oberbürgermeisters Wermuth und der übrigen Ratsmitglieder zur Folge haben würde; wenn man auch sonst den Arbeiter- und Soldaterräten alle Macht übertragen wolle, müsse man doch hier sich hüten, durch Unbesonnenheit wertvolle, vielleicht unerfessliche Arbeitskräfte abzustößen.

Und so setzte Dr. Rosenfeld durch, daß der Vollzugsrat seinen Beschluß dahin änderte, daß er mit dem Magistrat Berlins nur durch die vier Volksbeauftragten verkehren wird und seine eigene Überwachung nur mittelbar durch diese ausübt. Nach diesem Erfolg der Vernunft, zu dem wir Herrn Dr. Kurt Rosenfeld gratulieren, wird er gewiß mit doppelt schönem Pathos in der Landesversammlung für die Arbeiter- und Soldaterräte alle Macht fordern. Er nimmt sich eben ein Beispiel an den alten Fortschrittlichen, die im preussischen Landtage begeistert für das gleiche Wahlrecht kämpften, in der Gemeinde aber nichts davon wissen wollten, weil es dort auf ihre eigenen Kosten gegangen wäre.

### Rätefragen.

Der große Arbeiterrat in Halle wurde durch die Unabhängigen gesprengt und durch ein Schreiben des Merseburger Bezirksarbeiterrats für aufgelöst erklärt, da angeblich die geheime Wahl bei der Arbeiterratswahl nicht gewahrt worden sei.

Der gemeinsame Landtag für den Volksstaat Kurland beschloß die Verankerung des Räteystems in der Weise, daß der Landesarbeiterrat in der Verfassung festgelegt wird. Die demokratische Partei stimmte nur unter der Voraussetzung zu, daß die Verfassung eine vorläufige sei und in der Erwartung, daß im Interesse der Gerechtigkeit und Gleichheit auch der zu wählende Landesbürgerrat mit in die Verfassung verankert werde.

Der Vorstand des Volksrates für Schlesien in Breslau hat beschlossen, dem Volksrat einen Antrag vorzulegen, nach dem sich der Volksrat auflöst. An seine Stelle soll ein Arbeiterrat treten. Die neuen Arbeiterratswahlen sollen nach den Berliner Richtlinien für ganz Schlesien ausgerufen werden. Der Volksrat wird solange im Amte bleiben, bis der neue Provinzialarbeiterrat sich konstituiert hat.

### Konservative für das Räteystem.

In der Kreuzzeitung" begeistert sich Graf Westarp für das Räteystem, das nach seinen Feststellungen Spuren eines auch vom konservativen Standpunkt aus zu billigen Grundgedankens aufweist. Die Konservativen verlangten auch neben der Nationalversammlung ein berufständisches Wirtschaftsparlament. Die Reaktion lauert darauf, auf diesem Wege das gleiche Wahlrecht wieder abzuwürgen oder zu entkräften.

### Abgewürgte Sozialisierungsmaßnahmen.

Das Braunschweiger Oberlandesgericht verkündete eine Entscheidung, wonach die Braunschweiger Sozialisierungsmaßnahmen als mit den bestehenden Reichsgesetzen unvereinbar und daher als unzulässig und schadenbringend abgelehnt werden. Der Landesfiskus und die Volkskommissionen für Inneres und Arbeit werden als persönlich schadenbringend erklärt.

### Eisenbahnbeamtenstreik?

Aus Berlin wird uns geschrieben: Ein Teil der Eisenbahnbeamten hat neue Gehaltsforderungen gestellt und im Falle ihrer Nichtbewilligung mit dem Streik in den Massenstreik zum 10. April gedroht. Gerade im gegenwärtigen Augenblick würde ein Stilllegen der Eisenbahnen von den schwersten Folgen begleitet sein, da die Entente nur unter der Bedingung von der Landung in Danzig Abstand genommen hat, daß die Eisenbahntransporte der polnischen Truppen quer durch Deutschland gien und ungehindert verlaufen. Treten in den Transporten Störungen ein, so hat sich die Entente ausdrücklich das Recht der Landung in Danzig vorbehalten. Die Regierung befreit, daß Staatsbeamte in derselben Weise wie Arbeiter zur Erlangung besserer Einkommens- und Dienstbedingungen die Arbeit niederlegen dürfen. Die Beamten sind an den Dienstvertrag gebunden und jede einseitige Dienstverweigerung ist daher ein Dienstvergehen. Die Regierung glaubt in der Forderung für die Beamten durch Willkürmaßnahmen an die angrenzenden Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gegangen zu sein. Die Mittel für die Befriedigung der neuen Forderungen der Eisenbahnbeamten müßten von unten aufgebracht werden, die vielfach ein geringeres Einkommen und eine viel weniger gehobene Stellung haben, als die Beamten. Die Regierung ist entschlossen, einem Eisenbahnbeamtenstreik mit allen Mitteln entgegenzutreten.

### Die „Freunde“ der Einigung des Proletariats.

In Gotha fragten die vier mehrheitssozialistischen Gemeindevorteiler bei der Fraktion der U. S. P. an, ob Genehmigung zu einem gemeinschaftlichen Zusammenwirken bestünde. Die Antwort lautete, daß ein Zusammenarbeiten mit Leuten, die Mitglieder wie die Ebert, Scheidemann und Noske in ihren Reihen hätten, für die Unabhängigen ganz ausgeschlossen sei. Man ist zwar keiner der drei Genossen im Gothaer Stadtparlament, wohl aber sitzen darin in der Fraktion der U. S. P. eine ganze Anzahl von Leuten, die vor einem halben Jahr noch im bürgerlichen Lager steckten. Diese Leute verstehen zwar auch heute noch nichts vom Sozialismus, aber sie dürfen immerhin mit hochmütigen Redensarten jeden Versuch zur Wiedervereinigung der streitenden Teile der Arbeiterpartei vereiteln. In zahlreichen anderen Gemeindevorteilungen im Thüringer Land arbeiten Unabhängige und Mehrheitssozialisten im Interesse des Proletariats ganz gut zusammen.

### Vom neuen Mittellandkanal.

Die Nachrichtenabteilung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung arbeitet eine Instruktionsübersicht über den Bau des neuen Mittellandkanals aus, der jetzt bekanntlich bis Hannover geht und von da bis Berlin weitergeführt werden soll. Die nördliche Linie über Leiseförde, Calförde, Burg Scheidet vorläufig aus, und über die mittlere Linie über Peine, Fallerleben, Debitzfelde, Neuhabensleben, sowie über die südliche Linie via Peine, Hornsburg, Debeleben, Oshersleben ist eine endgültige Wahl noch nicht getroffen. Im Bau befindlich ist zunächst die gemeinsame Strecke Hannover—Peine und Hannover—Hildesheim. Von Burg ab werden natürliche Wasserstraßen sowie der Jhieskanal und der Planer Kanal benutzt.

### Was Wilhelm alles noch wollte.

Die „Freiheit“ publiziert eine umfangreiche Denkschrift des Generals Graf v. d. Schulenburg über die Ereignisse, die zur Abreise des Kaisers und es Kronprinzen nach Holland geführt haben. Die Denkschrift enthält nichts Neues, und es ist wohl nur ein Zeichen für die tief eingewurzelte monarchische Anechtlichkeit unserer bürgerlichen Presse, die diese Denkschrift spaltenlang abdruckt. Immerhin geht aus ihr hervor, daß der Kaiser tatsächlich König von Preußen bleiben wollte, und daß ein Teil der Generalität, allerdings nicht Hindenburg und Groener, ihm sagte, er würde dort bei den Truppen unbedingt fester sein, die ihn auch in die Heimat zurückzuführen könnten, was er auch als seine Absicht erklärte.

Es war' zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein!

### Oesterreich.

Eintritt Wiener Wehrleute in die Rote Armee. Das Abkommen von Wiener Wehrleuten nach Ungarn hat einen großen Umfang angenommen. In Budapest ist ein Sonderzug mit 1200 Wiener Wehrleuten eingetroffen, die als Freiwillige in die ungarische Rote Armee eintraten.

### Ungarn.

Der Arbeitszwang wurde nach einer Regierungsverordnung für die Bergarbeiter eingeführt. Die Bergarbeiter dürfen ihre Arbeitsstellen nicht verlassen und dürfen nicht in die Rote Armee eintreten. Urlaub darf den Bergarbeitern nur zur Beseitigung von landwirtschaftlichen Arbeiten oder in besonders zu berücksichtigenden Fällen durch den den Betrieb kontrollierenden Arbeiterrat bzw. durch den Produktionskommissar erteilt werden. Zuwiderhandelnde werden vor das revolutionäre Tribunal gestellt.

Zu den Krieg. In der ungarischen Stadt Debrecin erklärte der Volkskommissar Bagn an die in voller Ausrüstung abmarschierenden Soldaten: In der rumänischen Grenze kämpfen die russischen Arbeiter gegen rumänische Bosarenherrschaft. Auch ihr werdet gegen sie kämpfen und den Sieg erringen. . .

Auf einen Anschlag bei ungarischen Sowjetrepublik mit der Entente arbeitet der in Budapest eingetroffene General Smuts hin.

### Italien.

Aufnahme der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen. In italienischen Handelskreisen wird die sofortige Aufnahme des Handelsverkehrs zwischen Italien und den Mittelmächten immer dringender erhoben. Die Kaiserliche Handelskammer ist in diesem Sinne bei der italienischen Regierung vorstellig geworden und hat außerdem den Antrag gestellt, die Konfiskation der Vermögen der feindlichen Ausländer in Italien wieder rückgängig zu machen.

### Rußland.

Antibolschewistischer Streik in Petersburg. Die „Times“ meldet aus Helsingfors, daß der Streik der Arbeiter in Petersburg anhält. Die Hälfte der Arbeiter in den Putilowwerken hat die Arbeit niedergelegt. Sozialrevolutionäre Proklamationen wurden verteilt, in denen die Arbeiter angezogen werden, die bolschewistische Kommissare abzulegen. Eine Kompanie Matrosen, die ausgesandt wurde, um eine Versammlung auseinanderzujagen, weigerte sich, das Feuer zu eröffnen.

### England.

Frauenrechte. Das Unterhaus hat die von der Arbeiterpartei eingebrachte Vorlage, die für die Vereitigung der für Frauen geltenden Zurücksetzungen eintritt, in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Die Vorlage hebt den Ausschluß der Frau von den staatlichen und richterlichen Ämtern auf und erkennt ihnen dieselben Rechte unter gleichen Bedingungen wie den Männern zu. Abdnion erklärte, die Regierung werde keinen Antrag auf Abänderung des bestehenden Frauenwahlrechts annehmen und werde die Streichung dieser Klausel in der Kommission beantragen. Sie nehme indessen die in den anderen Bestimmungen der Vorlage enthaltenen Grundzüge an.

### Amerika.

Das deutschfreundliche Chicago. In Chicago wurde bei der Bürgermeierwahl der jetzige Mayor William Hale Thompson mit mehr als 250 000 Stimmen wiedergewählt. Die Wahl ist um so beachtlicher, als Thompson Ende Mai 1917 sich weigerte, Soffre und Bismarck in seiner Eigenschaft als Staatsbürger zu begrüßen, weil Chicago die sechsgrößte Stadt Deutschlands ist. (Chicago zählt unter zwei Millionen Einwohnern eine halbe Million Deutsche.)

## Die Arbeiterkräfte in der Reichsverfassung.

Unmittelbar vor Beginn des zweiten Rätekongresses hat die Reichsregierung ihre Vorschläge über die Verankerung der Räte in der Reichsverfassung" herausgebracht. Sie weicht der Forderung über ihren Standpunkt nicht aus, sondern stellte ihre Vorschläge gerade auf dem Rätekongreß zur Debatte. Es ist danach anzunehmen, daß die Hauptbeteiligten Minister ihren Standpunkt auch vor dem Rätekongreß vertreten werden.

Nach den Vorschlägen der Reichsregierung werden Betriebsräte, Bezirksräte und Räte gebildet. Der Reichsarbeiterrat wird mit Vertretungen der Unternehmer zu einem Reichswirtschaftsrat vereinigt. In der gleichen Weise werden Bezirkswirtschaftsräte gebildet. Diese Wirtschaftsräte haben das Recht, Gesetzesvorlagen zu entwerfen und zu begutachten und ihre Entwürfe werden den Regierungsvorlagen gleichgestellt. Außerdem haben die Arbeiterräte und Wirtschaftsräte Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse. Als ihre eigentliche Aufgabe wird die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und die Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgelege bezeichnet.

Wie es für uns selbstverständlich war, hat die Regierung also den Arbeiterräten des Betriebs, des Bezirks und des Reichs und ebenso den Betriebsräten, Arbeitstammern oder Wirtschaftsräten große und wichtige wirtschaftliche Funktionen zugewiesen. Nur in engster Gemeinschaft mit den Gewerkschaften werden sie diese erfüllen können. Wenn erst in Deutschland wieder einige Ruhe und Vernunft eingezogen ist, dann werden die Vorschläge zu den Räten wieder in den Gewerkschaften gemacht und die Tätigkeit der Räte der Arbeiter-Gewerkschaften angepasst werden. Abgesehen hat hingegen die Regierung die Übertragung politischer Macht auf die Arbeiterräte. Auch dieses konnte kein Sozialdemokrat anders erwarten, denn entweder man erkennt mit den Arbeiterräten auch die Bürgerräte als politische Instanz an — dann gleitet man zurück in den Ständestaat, in die Berufsvertretung an Stelle der Volksvertretung. Oder man überträgt den Arbeiterräten die Diktatur unter Entziehung aller übrigen Volksschichten — dann herrscht in kurzer Zeit der Terror, und die Wirtschaft geht in dem auf die Spitze getriebenen Klassenkampf zugrunde. Mit der eben erst errungenen Demokratie, bereit Früchte wahrhaftig nicht von heute auf morgen reifen können, obendrein auf den Steinboden der Kriegsverwüstung, wäre das politische Räteystem in seiner Form vereinbar. Und die Sozialdemokratie steht und fällt, wie ihr Name sagt, mit der Demokratie.

Der Gesetzentwurf über die Arbeiterräte im Artikel 34 der Verfassung beweist, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, sich durch nichts von ihrem grundsätzlichen Standpunkt abdrängen zu lassen. Er beweist zugleich den ersten Willen und die entschlossene Tatkraft zur Sozialisierung.

## Mus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 7. April.

### Der Bezirks-Jugendauschuss.

Nachdem die letzte Bezirkskonferenz der Jugendauschüsse von Medienburg-Lübeck die Verlegung des Sitzes des Bezirks-Jugendauschusses von Kollhof nach Lübeck beschlossen, hat sich der Bezirks-Jugendauschuss nunmehr konstituiert. Er besteht aus den Genossen Karl Tsch, 1. Vorsitzender, William Bromme, 2. Vorsitzender, Ferdinand Ostermeyer, Kassierer, Wilhelm Brockmüller, Schriftführer, Otto Passarge, Beisitzer, Genossin Marie Rolz, Beisitzerin. Alle Zuschreiben sind an Karl Tsch, Teichstraße 8 oder W. Bromme, Travellmannstraße 26/28, alle Geldsendungen an Ferdinand Ostermeyer, Lübeck, Lüchowstraße 25, zu richten.

Die Amtsverteilung im Senat für die Zeit vom 6. April 1919 bis 31. Dezember 1920 ist am Sonntag bekannt gegeben worden. Die sozialdemokratischen Senatoren werden danach in folgenden Ämtern tätig sein: Genosse Hoff in der Beamtenkommission des Senates, Wohlfahrtsamt, Stiftungsbehörde, Armenbehörde, Verwaltung des v. Brömbsen-Testament; Genosse Henze in der Kommission für Handel und Schifffahrt, Finanzbehörde, Steuerbehörde, Rechnungsbehörde; Genosse Löwig im Disziplinarhof für Beamte, Theaterbehörde, Behörde für das Feuerlöschwesen, Ober- und Unterbehörde, Behörde für die Heilanstalten, Brigitten-Stiftung; Genosse Mehrlein im Senatsauschuss für Gewerbe- und Versicherungsangelegenheiten, Senatsauschuss für Beschwerden in Sielachen, Polizeiamt, Gesundheitsamt, Arbeitsamt, Gesundheitsrat, Behörde für Wohnungspflege, Werk- und Zuchtthaus.

Eine Versammlung der Lübecker Bürgerschaft findet am Montag, dem 14. April, abends 6 Uhr, im Rathaus statt.

### Neuordnung der Sonntagruhe im Handelsgewerbe.

Vom 1. April 1919 ab dürfen im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden. Gewisse Ausnahmen können zugelassen werden. Diese Vorschriften finden auf Geschäftsbetriebe der Versicherungsunternehmen einschließlich der Vereine zur Vericherung auf Gemeinnützigkeit, der Versicherungsagenten und der Spartassen entsprechende Anwendung.

E. Klagen, nichts als Klagen! Dieses Leisingsche Wort ist heute mehr wie je an der Tagesordnung und — leider — nur zu oft mit Recht! Kaum ist der erste Versuch gemacht, den freien Handel wieder einzuführen, zunächst mit Eisen, — da sehen wir schon wieder die herrlichsten Blüten des profitgierigen Büchereitreiben. Hieltige Eier — 95 Pfg., stellenweise soll sogar schon 1 Mk. und 1,10 Pfg. verlangt und bezahlt worden sein. Als im letzten Jahre — in dem vielbekämpften Schleichhandel 60, 70, 80 Pfg. für Eier verlangt und gegeben wurde, da schrie alles Zeter und Mordio und rief nach einem Einheitspreis der Behörden. Heute darf der Bäcker sich frei unter dem Schutze des Gesetzes entfallen, wie es den Anschein hat! Was ehemals Unrecht, geschweidrig war, ist — heute erlaubt! Wohin sind wir gekommen? — Würde es so weiter gehen, dann braucht man nur zu fragen: wenn das schon der Anfang des „freien Handels“ ist, wie sieht es erst das Ende aus? — Es streifen sich Bände über die „Abweichliche Treiben am Brotbedarf und am Marke des ... schreiben. Leider verbietet dies der Kaummangel. Nur soviel sei gesagt, daß diese „gemeingefährliche Wirtschaft“ die Kaubüternatur in den Menschen und das Verbrechen geradezu herausfordert und großmüht. Gewalt auf der einen Seite und Ausnützung der Markt über jede Grenze der Vernunft, provoziert Gewalt auf der anderen Seite! Werden die vom Volkswillen erwähnten neuen Behörden diesem nichtwürdigen Treiben noch lange tatenlos zusehen?

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Vereine hatte am Sonabend, dem 6. April die hiesigen Angestelltenvereine sowie die Vorstände der Angestelltenorganisationen zu einem Vortrag über Angestelltenvereine ins Rumböcker Bierhaus eingeladen. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Referenten Herrn Weinigartner aus Hamburg übernahm Genosse Haupt den Vortrag zu halten. Redner führte aus, daß in die Angestelltenvereine nur organisierte Damen und Herren non gutem Ruf gewählt werden müßten, die auch in der Lage seien, den Inter-

... ihren Kollegen zu vertreten. Es müßte auch in den Betrieben, die weniger als 20 Angestellte beschäftigen, dafür gesorgt werden, daß die Angestellten durch Ausschüsse vertreten seien. Bei Differenzen müßten aber stets die Organisationsbenachteiligten werden. Der Streik der Angestellten käme nur als letztes Mittel und nur unter Führung der Organisationen in Frage, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft wären. Aus der Verharmlosung wurde angestrebt, zu diesen Vorträgen einen Herrn vom Reichsamt event. Juristen zu gewinnen. Der Referent erwiderte ganz richtig, daß unbeschadet des guten Willens und der Tüchtigkeit dieser Herren, diese doch wohl nicht die Sachkenntnis und Erfahrung gerade in Angelegenheiten hätten, und wies dies an einigen Beispielen nach. Nach kurzer Aussprache, in der auch die Wahlen zum Arbeiterrat berührt wurden, wurde die Versammlung geschlossen.

**Bureauangestellten-Versammlung.** Eine vom Verband der Bureauangestellten auf Donnerstagabend in die Aula des Johanneums herauf, stark besuchte Versammlung von den in der staatlichen und städtischen Bureau beschäftigten Bureauangestellten, hatte Stellung zu nehmen zu der von der Beamtenkommission des Senats angeregten Neuordnung der Gehälter der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen und den vom Reich vorgeschlagenen Leuerungszulagen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe des Verbandes Herr T. im m e r m a n n hielt das Referat. Er schloß sich eingehend dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen der 3. Berufungskommission mit der Beamtenkommission des Senats, der die in einer Versammlung vom 11. 3. aufgestellten Mindestgehaltssätze zur Prüfung überwiesen waren. Nachdem auf Grund der damaligen energischen Vorstellungen die Zahlung eines Vorschusses von 150 Mk. für Verheiratete und 100 Mk. für Ledige erfolgt sei, nicht ohne daß untergeordnete Stellen, wie Herr Hamann vom Polizeiamt verführt hätten, eine Verschlechterung des Senatsbeschlusses herbeizuführen, habe Herr Senator Dr. Wermeyer der Kommission das Versprechen gegeben, sie zu weiteren Verhandlungen zu laden. Das sei aber nicht geschehen, die Forderungen der Kommission seien glatt unter den Tisch gefallen und statt dessen das Rundschreiben der Beamtenkommission vom 26. 3. d. J. erlassen. Die darin aufgestellten Gehaltssätze seien derartig niedrig, daß sie den heutigen Zeitverhältnissen nicht entsprächen und selbst unter Hinzurechnung der Leuerungszulagen für sehr viele Angestellte absolut keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bedeuten würden. Um aber schnell zum Ziele zu kommen, sei es vielleicht dienlich, der Vorlage zuzustimmen und zu versuchen die zahlreichen Mängel auf dem Wege der Verhandlung zu beseitigen. In der Diskussion erhob sich starker Widerspruch gegen diesen Vorschlag. Man könne nicht verstehen, wie die Beamtenkommission derartige Vorschläge machen könnte, die für viele eine Herabsetzung ihres bisherigen Lohnes bedeuten würden. Es wurden der Kommission heftige Vorwürfe gemacht; sie sei dem Senate gegenüber nicht energisch genug aufgetreten. In schärfer Weise wurde über das Vorgehen der Behörde gesprochen, die sich immer hinter wohlwollenden Erwägungen verschanze und nicht schnell genug arbeite. Die Not der Angestellten sei wahrlich groß genug. Die Arbeiter erwarteten ihre Ziele schneller, weil sie den nötigen Druck hinter ihre Forderungen setzten. Wenn der Senat sich nicht bald bequemen würde, den berechtigten Wünschen der Angestellten nachzukommen, müßten auch die Angestellten durch Arbeitsniederlegung die Bewilligung ihrer Forderungen erzwingen. Die Leiter der Versammlung hatten Mühe, die Versammlung nochmals auf den Weg der Verhandlungen hinzuweisen. Die Kommission wurde ersucht, erneut bei Herrn Senator Dr. Wermeyer vorstellig zu werden und diesen die Annahme der ursprünglichen Forderungen der Angestellten anheimzustellen. Schließlich wird man höheren Ortes einlenken. Gerade die Bureauangestellten sind bisher im allgemeinen so schlecht bezahlt worden, daß hier eine Besserung dringend notwendig ist. Die Forderungen derselben sind so bescheiden, daß es traurig wäre, wenn ihre Erfüllung erst durch Gewaltmaßregeln erzwungen werden müßte.

**Abfuhr von Kehrort.** Die Verordnung, betreffend Abfuhr von Kehrort und Urat aus der Stadt und den Vorstädten, vom 22. März 1901 mit Nachtrag vom 22. Januar 1912 ist durch den Erlass der neuen städtischen Abfuhrordnung vom 1. April 1919 außer Kraft getreten. Insbesondere wird auf den § 2 der neuen Verordnung hingewiesen, nach dem der Abfuhrunternehmer nicht verpflichtet ist: 1. Gefäße, die nicht mit dem Namen des Eigentümers versehen sind; 2. unhandliche Gefäße, d. h. solche von einer Höhe über 45 Zentimeter und einem Durchmesser über 35 Zentimeter; 3. Gefäße, in denen sich neben anderem auch Blech, Scherben oder Schlacken befinden, auf seinen Waren zu entleeren. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich infolge der Futtermittelknappheit und der erhöhten Preise hierfür, der erhöhten Arbeitslöhne sowie der Mehrausgaben für die Unterhaltung der Fuhrwerke die Gebühre von 1. April ab verdoppelt haben.

**Die Drückentafel in Lübeck hatte am 1. April 1919:** 34 805 Mitglieder, darunter 217 Mitglieder von Erschlenen, deren Rechte ruhen, gegen 31 643 im Jahre 1918. Auf Männer entfielen davon 20 696 (1918: 16 488), auf Frauen 14 109 (1918: 15 175). Arbeitsunfähig krank waren am letzten März Männer 696 (1918: 569), Frauen 765 (1918: 629). Ausweisliche für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im März 2494 (1918: 1626) erteilt. Sterbgebild wurde im März für Mitglieder in 48 Fällen, für Angehörige in 33 Fällen gezahlt. Uebertretungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die lebensmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 44 Fällen mit Strafe zu belegen.

**Gilzüge zwischlagfrei.** Der neue Personentarif hat am 1. April eine Erleichterung gebracht. Die Gilzüge gelten nicht mehr als zuschlagspflichtige Schnellzüge, sondern wieder wie früher als zuschlagsfreie Personenzüge. Angewiesen sind fast alle wichtigen Gilzüge, besonders die für den durchgehenden Verkehr in D-Züge umgewandelt worden. Die Zahl der verbleibenden Gilzüge ist nur gering. Solange es an D-Zugwagen mangelt, müssen in den D-Zügen auch Abteilwagen verwendet werden.

**Ausweisliche im Wahlrechtsamt.** Infolge Einführung der ungetauften Arbeiter findet die Abgabe der auf dem Draegerwerk hergestellten Kleidungsstücke von jetzt an Montags, Mittwochs und Freitags von 10-12 Uhr in Zimmer 88 statt. Vorhanden sind insbesondere noch Mäntel, Jacken für Kinder und Konfirmandinnen (40-72 Mk.), leinene Röcke und Küchenschürzen für Konfirmandinnen, sowie Ueberziehjacken für Arbeiter. Soweit der Vorrat reicht, werden die Sachen nicht nur an Minderbemittelte, sondern auch an solche Personen abgegeben, die infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage sind, sich anderweitig Kleidung zu beschaffen.

**Die Fürsorge für Kriegersteinkinder und Zivilinternierte,** sowie Fluchtliniensfürsorge, verändert sich nicht mehr. St. Annenstraße 4, sondern im Wohlfahrtsamt, Untertrave 104, Zimmer 87.

**Kriegerkassen.** Im März wurden an 81 Tagen 108 563 Portionen Essen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug an 31 Tagen von 65 983 Portionen 2128, an 26 Abenden von 37 580 Portionen 1 445, zusammen 3 573.

**Er hatte Erfahrung.** Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Zwangsarbeiter, der geizig auf dem hiesigen Hauptbahnhof aus dem dortigen Gepäckabfertigungsraum einen Koffer geholt hatte und dessen ebener Inhalt im dortigen Wartesaal im Klaffe verlaute. Der Zwangsarbeiter hatte früher schon einmal einen gleichen Diebstahl ausgeführt.

**Verhaftete Einbrecher.** Am 26. v. Mts. wurde in Katenau ein mehrfach vorbestrafter Arbeiter und Dieb aus Bant festgenommen. Der gemeinshaftlich mit noch 3 Komplizen dortselbst einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt hatte, bei dem ihm Raucherwaren im Werte von mehreren hundert Mark in die Hände gefallen waren. Nunmehr ist es gelungen, auch die Komplizen des Festgenommenen festzunehmen und davon den einen, einen Arbeiter aus Altschloß bei Neutruppen, in Haft zu nehmen.

fantasieren als Gefreiter gebietet und sogar als Kompanieführer anerkannt war, vor langer Zeit schon als Aushilfschreiber bei einer hiesigen Expeditionskassa kommandiert gewesen. Diese Stellung diente ihm zur Ausführung von Schwindelten. Bei seinem Fortgang nach er zunächst zwei der Firma gehörige Stempel. Dann richtete er ein Konto bei einer hiesigen Bank auf dem Namen Dr. Bekler ein, fälschte Ueberweisungen an Vorangeordnete und erhob auf gefälschte Checks das an Dr. Bekler überwiesene Geld. Dabei ist es dem Schwindler gelungen, sich in den rechtswidrigen Besitz einer größeren Geldsumme zu setzen. Der Schwindel kam aber an den Tag und als er von dem ersten Erfolge ermüdet zum zweiten Male Geld erheben wollte, wurde er anhaft von einem Bankbeamten von einem Beamten der Kriminalpolizei in Empfang genommen, der für seine spätere sichere Unterbringung sorgte.

**Teufelsberg.** Bei einem wegen Trunkenheit festgenommenen Arbeiter aus Tammendorf wurden fünf gefälschte Abzugsstempel vorgefunden, die der Festgenommene wahrscheinlich dazu benutzen wollte, sich in den rechtswidrigen Besitz von Lebensmittelausweisen zu setzen. Der Festgenommene wird sich daher wegen Urkundenfälschung zu verantworten haben.

**Entwendeter Ueberzieher.** Aus dem Garderobenzimmer der hiesigen kaufmännischen Fortbildungsschule ist am 4. ds. Mts. während des Abend-Kurses ein grauemelierter Ueberzieher mit großen grauen Hornknöpfen und mit dem Monogramm M. C. gestohlen worden. In dem Ueberzieher, der bei der Firma Epille u. von Lüthmann hergestellt ist, befanden sich ein Paar braune Handschuhe.

**Ein Schwein gestohlen.** In der Nacht zum 5. ds. Mts. ist einem in der Fachsenburger Allee wohnhaften Kaufmann aus einem verschloßen gewesenen Stall ein Schwein im Gewichte von 150 Pfund gestohlen worden.

**Provinz Lübeck.** Von den Gemeinderatswahlen liegt uns bisher folgendes Ergebnis vor: Stockelsdorf 7 Sozialdemokraten und 5 Bürgerliche, Schwartau 5 und 7, Renfeld 7 Sozialdemokraten, 2 Unabhängige und 3 Bürgerliche, West-Ratekau 6 und 6, Ost-Ratekau 3 und 6, Gutin (Stadt) 6 und 9, Gutin (Land) 7 und 5, Ahrensböck (Stadt) 3 und 4, Oberwohlbe 2 und 4. Im Allgemeinen war die Wahlbeteiligung sehr schlecht.

**Provinz Lübeck.** Die Erwerblosenunterstützung für die Provinz Lübeck wurde vom Demobilisierungsausschuß Gutin vom 1. April d. J. ab wie folgt festgelegt: a) für männliche Personen: über 21 Jahre 3 500 Mk., über 16 bis zu 21 Jahren 2 500 Mk., über 15 bis zu 16 Jahren 1 750 Mk., b) für weibliche Personen: über 21 Jahre 2 250 Mk., über 16 bis zu 21 Jahren 1 750 Mk., über 15 bis zu 16 Jahren 1 500 Mk. Der Familienzuschlag beträgt für die Ehefrau 1. - Mk., die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigten Personen 0 75 Mk. Im übrigen sollen die unter dem 28. Januar d. J. erlassenen Grundsätze bestehen bleiben.

**Hamburg. Reichswirtschaftsminister Wisse** vor der Hamburger Kaufmannschaft. In einer stark besuchten Versammlung im Patriottischen Gebäude sprach heute vormittag auf Einladung der Hamburger Handelskammer der Reichswirtschaftsminister Genosse Rudolf Wisse über die Zukunft des deutschen Handels. Er führte aus: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Kriege läßt sich auf die einfache Formel bringen: Wir sind arm und wir sind arbeitslos. Wenn wir nicht unsere Arbeitskräfte zur Auswanderung zwingen oder Deutschland zur Bedienung eines Heimarbeitervorges für die übrige Welt herabdrecken lassen wollen, müssen wir alles daran setzen, daß wir wieder in die Lage kommen, auf eigenen Schiffen die in Deutschland gefertigten Waren auszuführen und Rohstoffe und Nahrungsmittel dafür einzuführen. In dieser Lage ist die Beibehaltung einer gewissen Außenhandelskontrolle auch für die nächste Zukunft noch unentbehrlich. Die Erfüllung der Wünsche nach Wiedererfassung des völlig freien Handels würde zur Folge haben, daß die geringen Zahlungsmittel, über die wir dem Auslande gegenüber noch verfügen, für nicht lebensnotwendige Dinge vergeudet werden. Wir könnten zum Beispiel jetzt schon seidene Mäntel und andere Luxusartikel einführen, müßten aber dafür wichtigere Dinge aufbrechen. Kann die Kontrolle des Außenhandels nicht völlig aufgehoben werden, so soll sie doch künftig grundsätzlich anders als bisher gehandhabt werden. An die Stelle der bürokratischen Zwangswirtschaft soll die Selbstverwaltung von Sachverbänden, an die Stelle der Zentralisation die Dezentralisation treten. Hamburg wird die Einkaufsstelle für Kolonialwaren erhalten. Es wird künftig möglich sein, daß Gefuche der Kaufleute, die um 12 Uhr eingereicht werden, schon um 2 Uhr erledigt sein können. Damit hoffen wir, die berechtigten Klagen der Handelswelt zum Fortkommen zu bringen und ihre Kräfte freizumachen für die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft im echt hanseatischen Geist, der das allgemeine Interesse über das des Einzelnen setzt. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall, an einzelnen Stellen, wo der Minister von der Mitwirkung der Konsumenten und Angestellten in den Wirtschaftsräten sprach, auch mit Widerspruch aufgenommen.

**Hamburg. Ankunft von Orienttruppen.** Der Dampfer „Anna Horn“ mit Orienttruppen an Bord, ist gestern bei Brunsbüttel vor Anker gegangen und liegt dort vorläufig in Quarantäne. Der Dampfer wird wahrscheinlich erst am Montag an die Stadt kommen und die Truppen landen. Die auf dem Dampfer einkommenden Truppen, 1850 Mann, gehören in der Hauptsache der 8. deutschen Infanterie-Division an.

**Rüstringen. Ein neuer Zweig Konsumgenossenschaftlicher Arbeit.** Ein Stück nach dem andern des Wirtschaftsliebens erobert sich die Konsumgenossenschaftsbewegung. Vielleicht ist der Ausdruck „erobert“ nicht einmal richtig gewählt. Vielmehr wäre besser zu sagen, wichtige Teile unserer Wirtschaft haben ein hartes Ansehensbedürfnis an konsumgenossenschaftliche Organisationen und erstreben ihre Hilfe an. Jetzt ist ein Großhändlerbetrieb unter Beteiligung der Konsumgenossenschaftsbewegung ins Leben getreten. Für die Einrichtung eines Großhändlerbetriebs hat sich ein Konzern, bestehend aus den beiden Städten Rüstringen und Wilhelmshaven, dem Werkstoffverein, dem Konsumverein Rüstringen und der Großhändler-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg gebildet; das Reichswirtschaftsamt ist ersucht, die aus dem Marinebestand übriggebliebenen Dampfer zur Ausübung der Fischei zu überlassen. Es ist ein Hafenprojekt ausgearbeitet; zum Betriebe der Fischei sollen drei Gesellschaften gegründet werden: eine Reederei mit vorläufig 50 Fischdampfern, eine Betriebsgesellschaft und eine solche für die Landanlagen. Die Fischereigesellschaft ist nur an den letzteren beteiligt. Die beiden Städte wollen sich an den Gesellschaften mit je einer Million Mark beteiligen. Mit dieser Neugründung, unter starker Beteiligung konsumgenossenschaftlicher Organisationen, hat unsere Volksernährung eine kräftige Stütze erhalten, deren sie bei ihrer recht schwachen Konstitution dringend bedarf. Sicher wird bei der Verjorgung der Bevölkerung mit Fischernahrung der Einfluß konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsweise bald zu verspüren sein.

### Theater und Musik.

**Kammerspiele im Stadttheater.** Die gefristete Matinee brachte Webedins drei Szenen „Der Kammerjäger“. Frank Webedin war ein unerbittlicher Verkünder der Wahrheit, wie er hier erkannt hatte. In „Der Kammerjäger“ schildert er in lebendiger und gedankenvoller Sprache das Leben und Streben von Menschen, die in ihren Ansichten und Idealen durchaus verschieden sind. Die Katastrophe wird herbeigeführt durch das Lebensmotiv des Kammerjägers, der die berufliche Pflicht über die Liebe stellt. Die Titelrolle verkörperte Herr Ziegler durchaus lebensecht. Herr Neuhauer sang in dem besagten Kammerjäger eine dankbare Rolle. Die Frau Selene Maxowa wurde von Fräulein Alice Cron

mit höchster dramatischer Gestaltungskraft wiedergegeben. Auch der kleine Kadisch sang durch Fräulein Schulz entsprechende Darstellung. Die übrigen kleinen Rollen lagen ebenfalls in guten Händen. Das nicht sehr zahlreich erschienene Auditorium spendete lebhaften Beifall.

Die Wiederholung von Wagners „Die Meistersinger“ brachte neben Runers-Hamburg prächtvolle Kostüme einer überaus feinfühler Wiedergabe der Senta durch Fräulein Land vom Hamburger Stadttheater. Das große Duett des zweiten Aktes, in dem der Wohlklang der beiden großen und schönen Stimmen zusammenströmte, war von hinreißender Wirkung.

### Neueste Nachrichten.

**Generalstreik über das Reich.**

**Berlin, 7. April.** Die I. A. L. Union meldet, daß die Möglichkeit eines Generalstreiks in Berlin und im Reich vorliegt. Die Agitatoren des Ruhrgebietes seien schon vor einigen Tagen in Berlin und in Mitteldeutschland eingetroffen, wo sie besonders in Ostpreußen zum Streik schürten. Besonders wirkten sie auf die Eisenbahner ein.

**Der Streik in Berlin.**

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: In Siemens-Stadt streiken gegenwärtig über 10 000 Angestellte, also die überwältigende Mehrheit aller Belegschaften. Die Arbeiter sind in den Werken, weigern sich aber unter Aufsicht von Streikbrechern zu arbeiten, so daß auch hier die Arbeit fast vollständig ruht. Auch im Baugewerbe Groß-Berlins sind, nachdem die Verhandlungen über die Erneuerung der Tarifverträge ergebnislos verlaufen sind, auf vielen Bauten die Maurer, Zimmerer und Betonarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern einen Stundenlohn von 3 50 Mk., gegenwärtig erhalten sie 2 15 Mk. für die Stunde. Die Arbeiterschaft der Berliner Kartonnagenfabrik sind ebenfalls in den Streik getreten. Sie fordern Einführung einer fünfständigen Arbeitszeit einschließlich Pause, Einsetzung von Betriebsräten zur Ueberwachung der gesamten Produktion und Einstellung in die Betriebe, vollständige Abschaffung der Afford- und Heimarbeit, Einstellung nur organisierter Arbeiter und Ausschluß derjenigen Leute, die in den bestehenden Freiwilligenverbänden Dienst getan haben, Kinderzulagen, Freigabe des 1. Mai.

**Für Wiederaufnahme der Arbeit.**

**Essen, 7. April.** Die christlich-nationale Arbeiterschaft des Krupp-Werkes hielt gestern eine von 10 000 Arbeitern besuchte Versammlung ab, die die Wiederaufnahme der Arbeit forderte. Es wurde beschlossen, gegen die parlamentarische Gewalt zur Selbsthilfe zu greifen und am Montag früh geschlossen zur Fabrik zu marschieren und mit Gewalt den Eingang durch die von den Sperrtruppen besetzten Tore zu erzwingen.

**Für die Räterepublik.**

**Würzburg, 7. April.** Gestern nachmittag fanden Massendemonstrationen auf dem Residenzplatz zugunsten der Räterepublik statt. Die Kommunisten, Unabhängigen und Sozialisten, entwickelten ihr Programm. Für heute wird der Generalkreik proklamiert. Die Arbeiter des Lebensmittelgewerbes beteiligten sich jedoch nicht daran.

Die Nürnberger Truppen und das Generalkommando des 3. bayerischen Armeekorps sind gegen eine Räterepublik und stellen sich auf den Boden der gegenwärtigen Regierung. Sollte München dennoch die Räterepublik einführen, so sind sie für eine Trennung Bayerns von München und die Bildung einer Republik Nordbayern.

**Vermögenskonfiskation in Bayern.**

**München, 7. April.** (Tel. Union.) Als erste Ankündigung erschien ein Gesetzentwurf über die Enteignung von Vermögen. Jedes Vermögen über 10 000 Mark wird festgesetzt. Vom Vermögen soll, gestaffelt nach der Höhe, eine Abgabe erhoben werden. Der Rest wird dem Inhaber von Tag zu Tag mit 3-4 Prozent verzinst. Das Vermögen selbst gehört dem Staate.

Die München-Munichberger Abendzeitung erscheint mit weißen Stellen. Die nächste Ausgabe der Zeitungen erfolgt infolge des Nationalfeiertages erst Dienstag nachmittag. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Der Eisenbahnverkehr ist beschränkt.

**Mobilisierung in Bulgarien.**

**Wien, 7. April.** Bulgarien ordnete die allgemeine Mobilisierung an, was entsprechende Gegenmaßnahmen in Südrußland hervorrief.

**Die Friedensfrage.**

**Paris, 7. April.** Nach Reuter beendete Lord George sein Einverständnis mit Pichon, daß der Präliminarfriedensvertrag Osterreich fertig sein werde. Ende April oder Anfang Mai würden die Alliierten in der Lage sein, die deutschen Delegierten zur Unterzeichnung des Friedensvertrages einzuladen.

**Gegen den Freispruch Villains.**

**Genf, 7. April.** Die sozialistischen Rundgebungen gegen den Freispruch Villains nehmen in ganz Frankreich rasch zu. In Angere, wo die Eltern Villains wohnen und wohin sich der Mörder nach seiner Freisprechung begeben hat, zogen mehrere tausend Sozialisten vor seinem Hause vorbei, um gegen den Freispruch zu protestieren. In der Deputiertenkammer hat Albert Thomas den Antrag eingebracht, die Billie Jaures in der Kammer anzuklagen.

Im Hause einer Rundgebung für Jaures in Paris wurde eine schwarze Fahne entfaltet; die Polizei schritt ein, 5 Polizisten wurden verletzt.

**Der Protest der italienischen Sozialisten.**

**Lugano, 7. April.** (Tel. Union.) Der bereits erwähnte Aufruf der italienischen sozialistischen Fraktion mit einem internationalen Generalstreik gegen einen imperialistischen Frieden, wie er jetzt in Paris herauszukommen scheint, anzukämpfen, lautet in den Hauptstellen: Die Pariser Friedenskonferenz ist nicht zu einem öffentlichen Schwurgericht der Völker vielmehr zu einer Geheimhaltung von vier Staatsmännern geworden. Der Verband habe in Erinnerung eines uneingeschränkten Sieges seine gemeinsame abgegebenen Grundzüge preisgegeben, zeige seine wahre Natur und einen unerbittlichen Imperialismus, insbesondere Frankreich, mit seinen Ansprüchen auf das Mittelmeer und das Saarbecken. Auch habe er alle nationalen Interessen entfesselt, um die Besten zu zerfleischen und sie noch brutaler zu zerretzen.

Die italienische offizielle Sozialistenpartei veröffentlicht im „Avanti“ eine Forderung an die Entente-Regierungen auf gemäßigtere Erfüllung der 14 Punkte Wilsons. Falls das von Wilson aufgestellte Programm nicht zur Durchführung komme, wird nicht nur mit dem Generalstreik für ganz Italien, sondern auch mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats gedroht.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Bekanntmachung.

Die Ausgabe von **Spiritus-Bezugsmarken** erfolgt in der Geschäftsstelle des Landesverorgungsamtes, Schmetzerstraße 25, von Dienstag, den 8. April 1919 ab und zwar nur an diejenigen Bezugsberechtigten, welche im Januar 1919 gültige Spiritus-Bezugsmarken erhalten haben. Bei der Abholung der Marken sind die Ausweise zum Bezug von Lebensmitteln vorzulegen. Lübeck, den 5. April 1919. (384) Das Landesverorgungsamt.

# Bekanntmachung.

Anschließend an die Bekanntmachung des Landesverorgungsamtes betreffend die Ausgabe von Zigarren und Zigaretten vom 22. 8. 1918 wird hierdurch bekanntgegeben, daß in der Zeit vom 7.-12. April 1919 auf den Abschnitt 124 der Warenkarte 2 Zigaretten zum Preise von 15 Pfg. f. d. Stück, auf den Abschnitt 125 der Warenkarte 18 Zigaretten zum Preise von 4 Pfg. f. d. Stück in den Geschäften entnommen werden können, bei welchen seinerzeit die Anmeldung erfolgt ist. Lübeck, den 6. April 1919. (385) Das Landesverorgungsamt.

# Bekanntmachung.

In der Zeit vom 8.-30. April 1919 werden auf den Abschnitt 6 der Zwiebackkarte für Personen über 65 Jahre  $\frac{1}{2}$  Pfund Keks ausgeben werden. Die Karten werden in folgenden Geschäften einzeln: Zwiebackkarte-Nr. 1-2000 Fa. Schwartzkopf, Sandstraße 25; 2001-4000 Fa. Peter Lohse, Solkenstraße 39; 4001-4200 Fa. C. W. Sahn Wwe., Schlutup; 4201-5600 Fa. Heinr. Möller, Sandstr. 15; 5601-5800 Fa. Carl Schnoor, Travemünde; 5801-6500 Fa. Heinr. Möller, Sandstr. 15. Lübeck, den 5. April 1919. (401) Das Landesverorgungsamt.

# Bekanntmachung.

Vom Dienstag, dem 8. April 1919, soll der Umtausch der Fleischkarten für Kinder im 1.-4. Lebensjahre stattfinden und zwar werden gegen Abgabe der für die Zeit vom 14. April bis 11. Mai 1919 gültigen Fleischkarte Bezugsausweise für: 1 Pfd. Saferlinsen, 1 „ Weizengrieß, 1 „ Rindfleisch,  $\frac{1}{2}$  „ Zwieback oder Keks, je nach Vorrat ausgeben. Der Umtausch findet wie folgt statt: in der Zeit vom 8. bis einschl. 11. April werktäglich von 9-2 Uhr in der Börse, Eingang vom Markt, vom 12. April bis zum 10. Mai 1919 werktäglich von 9-2 Uhr in der Rahrnassmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65, L. Zimmer 1. Geburtsausweis, sowie der Ausweis zum Bezug von Lebensmitteln sind vorzulegen. Fleischkarten, auf welche bereits Fleisch entnommen ist, werden nicht umgetauscht. Lübeck, den 5. April 1919. (402) Das Landesverorgungsamt.

# Ausgabe neuer Kartoffelarten.

Die für die Zeit vom 14. April bis 6. Juli gültigen Kartoffelarten können in der Städtischen Kartoffelstelle, geöffnet von 8-9 Uhr, gegen Vorlegung des Ausweises zum Bezug von Lebensmitteln in Empfang genommen werden. Für Travemünde und Gnevesdorf findet die Ausgabe in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde während der üblichen Geschäftsstunden statt. für Lübeck, Gnevesdorf, Waldhufen und Fürtener in der Geschäftsstelle zu Lübeck am 10. und 11. April von 9-4 Uhr, für Schlutup in der Geschäftsstelle für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen vom 10. bis 12. April während der üblichen Geschäftsstunden. für Dänischburg und Siems in der Bezirksstelle am Freitag, dem 11. April von 10 bis 1 und 4 bis 7 Uhr, für Moisling, Genin, Genuer Ziegelei, Moislinger Seide und Buntfah im Kaffeehaus Moisling am 12. April von 9 bis 3 Uhr. II. Kartoffelzeuger, welche eine Fläche von mehr als 200 qm mit Kartoffeln bepflanzt haben, sind zur Entnahme von Kartoffelarten nicht berechtigt, soweit sie aus eigener Seite den Bedarf ihrer Hausangehörigen in Höhe einer Tagesportion von 1 Pfund decken können. III. Sitzungsort und Gültigkeitsdauer der Kartoffelarten werden besonders bekanntgegeben. IV. Die ausgegebenen Kartoffelarten sind dem zugelassenen Händler, von dem die Kartoffeln bezogen werden sollen, zur Abholung vorzulegen. Der Händler hat jede einzelne Kartoffelkarte mit jenem Firmenstempel zu versehen, die an der Spitze oben das bedingliche Kontrollabzeichen abzutrennen. Die Karte ist in Hüllen von je 100 Stück der Städtischen Kartoffelstelle bis zum Donnerstag, dem 17. April einzureichen. Später nach dieser Zeit dem Händler Kartoffelarten zur Abholung vorzulegen, hat er die Kontrollabzeichen an der Städtischen Kartoffelstelle an jedem folgenden Montag abzugeben. V. Jeder Kartoffelhändler darf nur die Kartoffelarten beliefern, die seinen Firmenstempel tragen. VI. Kartoffeln dürfen nur auf Grund von Kartoffelarten und nur in der zugelassenen Menge bezogen und geliefert werden, soweit nicht Ausnahmen gestattet werden. VII. Bei diesen Vorschriften zuwiderhandelt oder unrichtige Angaben macht, unterliegt der besteuerten Strafbestimmungen. Lübeck, den 5. April 1919. (405) Das Landesverorgungsamt.

# Meldung der Gasfachgelegenheiten.

Die Ortskohlenstelle beharf genauer Unterlagen dafür, welche Haushaltungen im Stadtgemeindebesitz eine Gasfachgelegenheit haben. Die Haushaltungsvorstände werden daher ersucht, wenn sie keine mit Gas zu speisende Kochgelegenheit haben, dies der Ortskohlenstelle bis zum 15. d. M. schriftlich (Brief, Postkarte) mitzuteilen. Die Mitteilung muß den Namen, den Beruf und die Wohnung (Straße, Hausnummer, Stockwerk) enthalten. Lübeck, den 5. April 1919. (387) Das Landesverorgungsamt.

# Fürsorge für Kriegsteilnehmer und Zivilinternierte, Flüchtlingsfürsorge.

Die Geschäftsstelle — bisher Rotes Kreuz, Abt. IV — befindet sich nicht mehr in der St. Annenstr. Nr. 3, sondern im Wohlfahrtsamt, Untertrave 104, Zimmer Nr. 37. (416) Cutin, den 5. April 1919.

Der Landesvorstand gibt folgende Samereien an Wiederverkäufer und Selbstverbraucher von größeren Mengen ab: Petersilie, Gurken, Weikohl, G. üntfohl, Radies, Borree, Rote Rüben, Tomaten, Spinat, Kopfsalat, Rosenfohl, Dianold, Sauerampfer. (417) Anträge auf Zuweisung sind an die Firma Oskar Saene in Cutin zu richten. (403) Mahlstadt.

Durch die glückliche Geburt einer gesunden Tochter wurden hoch erfreut. Julius Eulers und Frau geb. Wallf. (399) Geburt zu sofort oder später ein Maurerlehrling. F. Castens, Maurermeister, Dorfstraße 20. (397) Privatpflege und Nachtwache gesucht (404) Untertrave 39, 1. (411) Ges. u. sof. oder 1. Juli eine 2-Zim.-Wohn. oder geg. Stube u. Küche zu veranlassen. (411) Joh. Helz, Mühlstr. 21. Zu verkaufen Gas-Oil-Öl, Dürndorf, Nr. 42. (406) Lindenstr. 51 a, II. Zu verkaufen ein Küchenschrank und Damen- und Herrenfahrad ohne Bereifung. (407) Schlutup, Lübecker Straße 45. Mehrere Sommerhüte zu verk. (389) Blücherstraße 27. Eine voll neue Wanne zu verk. für die Mittelschule Kl. 6. (410) Seebachstr. 26 I. Zu k. ge. e. Haus m. 8-Zim.-Wohn., a. lieb. v. d. Solventor. J. g. Max. Ang. u. G G 24 an die Exp. d. Bl. (388)

**Kleingarten - Jahrbuch** für 1919. 1.- Mk. Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Carl Folkers Möbelmagazin 25 Marlesgrube 25. Vollst. Wohnungseinrichtung Selbstgestellte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie. Zimmereinrichtg. vorrätig Fernsprecher 2734. Prima-Wechsel in Block. Friedr. Meyer & Co. Buchhandlung.

Haltbare Hosenträger weiche Kragen zum Selbstwaschen Krawatten Papier-Wäsche Aug. Janensch Sandstraße 6. (412)

**Uhren-Reparaturen.** Billige Preise. (391) Große Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, Uhrmacher, Breite Straße 54 u. Hüxstraße 71

**Müllers Handbuch** der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919 enthält Lebenslauf und Bilder der Mitglieder d. Nationalversammlung. 2.50 Mk. Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.

H. Krey, Schneider, Anfertigung von Damen- und Herren-Moden, wohnt jetzt Prietzstr. 3, pt. (381)

**Rechnungs-Formulare** werden hergestellt in der Buchdr. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

**Kartenbriefe** sind vorrätig. Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Es wird hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß auf die grüne P-Kohlenkarte nur 2 Pfr. Brennstoffe von einer Sorte geliefert werden dürfen und wird die Kundschaft ersucht, diese bei der Bestellung oder bei der Ablieferung sofort bar zu bezahlen. Die Kohlenhändler Lübecks und Umgegend.

**Hausstandslumpen,** Stund 12 Pfr. aufwärts, Stutz-Pferdehaare, Pfund 10 Pfr. aufwärts, Eisen, Metall, Pansier, Zeitung, Knochen, Küch-, Mähnen- u. Schweinehaare kaufen zu höchsten Tagespreisen. (390) Tel. 2430. Waisenhoft. 25.

**Marli** Kottwitzstraße 27a. Zigarren, Zigaretten, Tabak Konfitüren, Kurzwaren, Garne, Schreibutensilien, sämtliche Schulbücher, Konfirmationskarten. Zu Ostern passende Geschenke in Briefkasnetten, Visitenkarten etc. Hans Timm.

**Fahrrad- u. Nähmaschinenreparaturen** werden sachgemäß ausgeführt von K. Vollmer Feinmechanikermeister, Fackelburger Allee 64.

**Zentral-Verband der Zimmerer.** Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung** am Dienstag, dem 8. April abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung: 1. Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden. 2. Wahl eines Delegierten zur 21. Generalversammlung. (396) Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Handlungsgeschillen.**

**Bunter Abend** Tanz, Vorträge, Tombola Sonntagabend, den 12. April in sämtl. Sälen des Stadttheaters. Anfang 7 Uhr. Karte 2.00 Mk. Vorverkauf: Verkehrskasse Holstenhaus, Restaurant Gust. Ehlers, Hüxstr. 110. (388)

**HANSA THEATER**

Montag, abends 7 Uhr: Zum letzten Male: **Der verliebte Herzog.** Operette von J. Gilbert. Nopomak: Edgar Pauly. Dienstag: Gastspiel Tilde Riedl vom Startheater Kiel. **Das Dreimäderlhaus.** Hannerl — Tilde Riedl a. G. Mittwoch: (397) Goldschmieds Töchterlein.

**Stadttheater Lübeck.** Spielzeit 1918/19. (394)

Dienstag, den 8. April: **Ilsebill.** Mittwoch, den 9. April: 1. Gastspiel von Michael Bohnen vom Staatsopernhaus in Berlin: **Margarete.** Mephisto: Michael Bohnen.

Donnerstag, den 10. April: 40jähriges Bühnenjubiläum von Herrn Direktor Ernst Albert. **Raub der Sabinerinnen.** Striese: Direktor Ernst Albert.

**Geschäfts-Eröffnung.** Dem geehrten Publikum von Marli zur Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage ein **Delikatessen-Geschäft** eröffne. Bitte mein junges Unternehmen nützlich zu unterstützen. Achtungsvoll L. Wallot, Chafstr. 2a. (410)

**Schelm & Wege,** Mengstraße 10 (382) empfehlen alle Gemüsesamen, Comfreistedlinge, Johannisbeere, Himbeer, Brombeer und Rhabarberpflanzen, Bast, Gartennmesser und Sägen.

Jeden Montag **Lustige Blätter** Einzelnummer 50 Pfr. Vierteljährlich 6-Mark Probenummer 50 Pfr. Verlag der „Lustigen Blätter“ in Berlin-570, 68.

**Achtung!** **Deutsch. Bauarbeiterverbd.** Bezirksverein Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung** der Hoch- u. Tiefbauarbeiter am Dienstag, dem 8. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. 2. Bericht von der Gaukonferenz. 3. Berichtedenes. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Kollegen in der Versammlung erscheinen. (386) Der Vorstand.

**Verband d. Gärtner u. Gärtnereiarbeiter** Gr. öffentl. Versammlung am Mittwoch, dem 9. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52. Stellungnahme z. d. Frage: **Kündigen wir unsern Tarif?** (395)

**Central-Hallen.** Morgen Dienstag: Großes Tanzkränzchen. Sonntag: Großes Tanzkränzchen. W. Neß.

## Wann und wo endet das Trauerspiel?

Von Otto Sue.

Genosse Sue, der bekannte Führer der Bergarbeitergewerkschaft des Ruhrgebietes und langjährige Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt in unserem Essener Parteiblatt:

Nach wenigen Wochen verhältnismäßiger Ruhe setzt eine neue Ausstandsbevegung im Ruhrkohlenbergbau ein. Gleichzeitig wird bekannt, daß das Kohlenyndikat ab 1. April den „Richtpreis“ pro Tonne Kohlen um 20 Mark erhöht. (Ist inzwischen von der Regierung abgelehnt worden. Red.) Das macht seit Ausbruch der Revolution eine Tonnenpreiserhöhung von 34,50 Mark, während im Laufe der 4 1/2 Kriegsjahre der „Richtpreis“ um durchschnittlich 11—12 Mark hinaufgesetzt wurde.

Wertschöpfend werden die zuständigen Regierungsstellen unter Vorlegung von Abrechnungen versichert, infolge der enormen Selbstkostensteigerung, hauptsächlich verursacht durch starken Fördererückgang, wirtschafteten fast alle Werke seit November mit Defizits. Im Oktober 1918 betrug die arbeitstäglich Gesamtförderung rund 320 000 Tonnen, im März schwanke sie zwischen 210 000—247 000 Tonnen! Da die ausschlaggebenden Anlagen auf große Fördererückgänge eingestellt sind, muß natürlich ein Fördererückgang von gut 30 Prozent selbst die besten Zeichen unrentabel machen, auch wenn sonst die Ausgaben für Löhne, Gehälter und Material nicht absolut gestiegen wären. Es gibt aber bekanntlich Anlagen, die auch in normalen Zeiten keine hohen Uberschüsse erzielen konnten. Diese Anlagen stehen heute vor der Stilllegung, wenn keine gründliche Wandlung in den Erzeugungsverhältnissen eintritt! Wir erleben dann eine Stilllegungsaktion in sehr viel größerem Umfang, als wir sie vor etwa 15 Jahren gehabt haben. Die Sozialisierung dieser Betriebe würde sie auch nicht retten können, denn auch der sozialisierte Betrieb kann nicht durch die Allgemeinheit belastende Einbußen erhalten werden, wovon sich diverse Belegschaftsräte, die schon auf eigene Faust „sozialisierte“ Betriebe verwalteten, überzeugen konnten.

Wir hatten die Hoffnung, der im November infolge der schnellen Entlassung von mehr als 70 000 Kriegsgefangenen und der revolutionären Umwälzung naturgemäß eingetretene Fördererückgang würde sich spätestens im Januar oder Februar wieder einigermaßen ausgleichen lassen. Die Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen! Die geistige Unruhe in den Belegschaften dauert an. Eine Arbeitseinstellung, ein Demonstrationstreik folgte dem anderen in kurzen Zwischenräumen. Die Organisationen erreichten Schlichtungsverträge und Lohnverhöhungen, auch Teuerungszulagen schufen eine Basis zur ordentlichen Verhandlung über die Arbeitsfreigabe, um wenigstens die unfer tiefstankes Wirtschaftsleben außerordentlich schwer schädigenden Produktionsstörungen zu vermeiden. Wir wissen, daß dies größtenteils vergeblich war, weil organisationsfremde und feindliche Elemente geradezu Streiks gegen die gewerkschaftlichen Abmachungen und ausgeprochen gegen die demokratische Neuordnung unserer politischen Verhältnisse inszenierten. So kamen die Belegschaften eigentlich gar nicht zur Ruhe: zeitweilig kam es sogar zum Bürgerkrieg mit Maschinengepöhl und Handgranaten. Die Förderung fiel, die Produktionskosten stiegen, die Preise wurden erhöht und der Arbeiter hatte seinen Genuß von seiner Lohnaufbesserung. Die Unruhe, die Notlage stiegen, und so blüht der Weizen solcher Leute, die den Belegschaften die phantastischen Mittel anpreisen in Martialisiermanier.

Die Werksverwaltungen haben ihre neuen Preiserhöhungen berechnet auf der Basis einer 7 1/2stündigen Schicht ab 1. April nebst entsprechender Lohnverhöhung. Jetzt aber ist schon eine Reihe von Belegschaften vor sich aus Übergang zum Verfahren der Sechsstundenschicht (ohne Ein- und Ausfahrt). Arbeiterauschüsse, Belegschaftsräte und Belegschaftsversammlungen erklären mit zwar, durch diese Schichtveränderung solle und werde die Förderung nicht sinken. Den guten Willen achte ich gern, aber ich habe aus den Förderlisten von Schächten, auf welchen sich die Belegschaften die Sechsstundenschicht genommen haben, ermittelt, daß tatsächlich ein Fördererückgang von 12—15 Prozent eingetreten ist! Danach zu urteilen würden wir nach allgemeiner Einführung der Sechsstundenschicht nur noch eine Tagesförderung von unter 200 000 Tonnen haben!

Infolge der letzten Kohlenpreiserhöhung hat der Kohlenverband seine Preise um 107—147 Mark pro Tonne hinaufgesetzt! Vor dem Kriege stand der Kohlenpreis auf unter 100 Mk., nunmehr stellt er sich auf 396—421 Mark pro Tonne!! Welcher verzweifelte Mensch glaubt, daß das ein gutes Ende nehmen kann, daß wir bei solchen Preisen unsere schwer niederliegende Volkswirtschaft wieder gesund machen, in das Ausland Eisen- und Stahlfabrikate, Maschinen, Werkzeuge usw. ausführen können, um Brot für unsere hungernden Massen zu erhalten?

Wie können wir Kohlen, Kalisalze, Fabrikate unserer Eisen- und Stahlindustrie mit dem Ausland gegen Nahrungsmittel einkaufen, wenn unsere Kohlenförderung nicht einmal für den eigenen Bedarf ausreicht und zudem unsere Preise so hochgeklautert sind, daß das ferne Amerika uns sogar im europäischen Wettbewerb schlagen kann? Wie sollen wir die mehr als eine Million Arbeitslosen bei uns zu Lande beschäftigen, wenn zahllose Fabriken und Werkstätten wegen vergrößertem Kohlenmangel überhaupt nicht mehr betriebsfähig sind? Die Zahl der Arbeitslosen wächst, Hunger und Verzweiflung reißt sich gemaltig empor! Wer kein Sozialist ist, muß diesem Geschehen mit Grausen gegenübersehen. Wer kein Sozialist ist, kein Gemeinheitsgefühl besitzt, wer nur an seine persönlichen Angelegenheiten denkt, dem allerdings kann es gleich sein, was aus unserm Volke und seinen revolutionären Errungenschaften wird.

Ich bin kein Gegner der bergmännischen Sechsstundenschicht, halte sie vielmehr für durchführbar, nachdem die technischen und persönlichen Vorbedingungen geschaffen sind. Als allgemein der Achtstundentag eingeführt war, hatte der in der gesundheits- und sehr lebensgefährlichen Tiefe arbeitende Bergmann einen Anspruch auf eine kürzere Schicht. Ich würdige auch durchaus die von unseren Kameraden vorgebrachten Klagen über körperliche Erschöpfung infolge der Unterernährung, die eine bessere Nahrungsvorsorgung bedingt. Man betrachte sich nur die abgehörten Gestalten in den Belegschaftsversammlungen! Die Bergarbeiterverbände haben längst das Verbot der Uberschichten, die allgemeine Schichtverlängerung gefordert, haben aber weiß wie oft, noch vor wenig Wochen, wiederholt und dringlich die bessere Nahrungsvorsorgung verlangt. Wenn die erfüllbaren Forderungen noch nicht erfüllt wurden, so tragen daran die großen Belegschaftsteile die Schuld, die es nicht für nötig hielten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, dafür aber heute in der unfruchtbarsten Weise auf die Vertrauensleute der Organisationen schimpfen.

Nicht nur die Bergarbeiterverbände, sondern auch Werksvertreter stehen der Sechsstundenschicht im Verdacht nicht absolut ablehnend gegenüber. Die Frage ist nur, ob uns ihre Einführung in der jetzigen Zeit nicht noch tiefer in das wirtschaftliche Elend hineinträgt! Diese Aktion fällt doch in eine Zeit, wo Hunderttausende Arbeitslose auf Kohlenzufuhr warten, um Beschäftigung zu haben! fällt in eine Zeit, wo Ziegeleien, Zement- und Kalkfabriken wegen Kohlenmangel nur wenig Baumaterialien liefern können und wir deshalb unsere große Wohnungsnot nicht mildern können. fällt in eine Zeit, wo Nahrungsmittelindustrie (Brotfabriken, Mühlen usw.) und Landwirtschaft wegen Kohlenmangel den Betrieb einschränken, wo unsere Düngstoffindustrie (Kali, Stäufstoffe) wegen Kohlenmangel nicht imstande sind, die Landwirtschaft zu bedienen, wie es zur Ackerbestellung unbedingt nötig ist. fällt in eine Zeit, wo wir Brot, Fett, Fleisch, Fisch, Kleidung, Schuhe usw. vom Auslande nur erhalten können, wenn wir dafür Kohlen, Koks, Kali, Eisen- und Stahlfabrikate usw. liefern!!

Man bedenke nur diese sämtlichen Lage! Unser Volk, vor allem unsere Industriearbeiterschaft, muß unbedingt Nahrungsmittel haben, sonst verderben wir in Grund und Boden. Trotzdem aber lesen und hören wir von Streik, Streik, Streik und immer wieder Streik, erleben wir enorme Produktionsausfälle und es steigt darum die Zahl der Arbeitslosen. Ein fürchtbares Trauerspiel!!

Sehen wir vor dem letzten Akt dieses Trauerspiels? Und wie wird es enden? Sollen die Feinde der Revolution, die Anhänger des alten Regiments triumphieren, weil die Arbeiter-

schaft nicht begreift, daß die immer wieder einsetzenden Streiks nur denen, die in Lubendorf den „kommenden Mann“ feiern, in die Hände arbeiten? Ist die deutsche Arbeiterschaft wirklich noch nicht reif für einen vernünftigen Gebrauch der Freiheit? Die Hoffnung, daß die Arbeiterschaft sich bekennt, ist tatsächlich auf dem Nullpunkt gesunken, wenn man erlebt, daß große Belegschaften sich von volkswirtschaftlich unwissenden, fanatisch aufgeregten, plüschig aufschauenden und ebenso schnell verschwindenden Personen zu Schritten und Beschläüssen verleiten lassen, die das Elend nur noch größer, unsere Zukunft nur noch trübfloher machen.

Der jahrzehntelange in Reiz und Gleich der Arbeiterbewegung mitgestritten, mitgelitten und mitgehofft hat, der steht nun mit tiefstem Schmerz, wie der schon von La Jolla gepflegte Unverstand drauf und dran ist, alles zu zertrümmern, was offene freudige Genossen und Kameraden mühenvoll aufgebaut haben. Mancher von ihnen möchte heute wünschen, eher gestorben zu sein, damit er einen solchen entsetzlichen Selbstmord der Arbeiterklasse nicht miterlebt hätte.

Besteht euch, Proletariat! Rettet eure Zukunft und die eurer Kinder! Beendet das fürchtbare Trauerspiel, das ihr der Welt in den letzten Wochen und Monaten geboten habt. Findet ihr dazu nicht die geistige Kraft und männliche Selbstdisziplin, dann ist der letzte Akt des Trauerspiels der Zusammenbruch aller sozialistischen Hoffnungen! Eine Nacht voll Grauen ist das entsetzliche Ende. Das ist die brutale Wahrheit, die zu sagen jeder ehrliche Sozialist verpflichtet ist.

## Aus der Nationalversammlung.

Im Verfassungsausschuß

wurde am Sonnabend Artikel 42 in der Fassung angenommen, daß Beamte und Militärpersonen zur Teilnahme an Reichstagsversammlungen keines Urlaubs bedürfen und ihnen zur Vorbereitung ihrer Wahl ein Urlaub zu erteilen ist. Das Wort „angemessener“ vor „Urlaub“ wurde gestrichen. Der Referent bemerkte, daß den Beamten während ihrer parlamentarischen Tätigkeit kein Gehaltsabzug gemacht werden dürfe. Im Artikel 43 wurde die Wahlperiode des Reichstages entsprechend der Regierungsvorlage auf 3 Jahre festgesetzt. Abgelehnt wurden der Antrag des Zentrums, die Wahlperiode auf 5 Jahre zu bemessen. Ueber die einschlägigen Fragen, auch über die Frage, wann der Reichstag nach Abschluß der Wahlen zusammentreten solle, entstand eine längere Debatte, in deren Verlauf es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Parteien kam. Der Demokrat Jeeppel unterstützte den Antrag des Zentrums. Der Sozialist Wader wies darauf hin, daß die Demokraten am Freitag schon einen Vorstoß gegen die Verhältnismahl gemacht hätten. Ihre heutige Haltung werde große Erregung hervorzurufen. Abg. Dr. Raumann bestritt, daß er einen grundsätzlichen Vorstoß gegen die Verhältnismahl gemacht habe. Es käme lediglich darauf an, wie praktisch die beste Ausübung des souveränen Volkswillens herbeigeführt werden könne. Die dreijährige Wahlperiode wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Angenommen wurde ein Antrag des Sozialdemokraten Reil, daß vor Ablauf der Wahlperiode Neuwahlen stattfinden müssen. Für den ersten Zusammentritt nach der Wahl wurde gemäß einem Antrage Neufuß (Dem.) die Frist von 22 Tagen beschlossen. Artikel 45 wurde in folgender Fassung angenommen: Der Reichstag versammelt sich in jedem Jahre am ersten Mittwoch des Novembers am Sitz der Reichsregierung. Der Reichspräsident kann ihn früher berufen. Der Präsident des Reichstages muß ihn früher berufen, wenn der Reichspräsident oder ein Drittel der Mitglieder des Reichstages oder der Reichsrat es verlangt. Artikel 44 wurde in der Fassung angenommen: Die Abgeordneten sind bei der Vertretung des Volkes nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden. Artikel 46 wurde auf Antrag von Reil (Soz.) in folgender Fassung angenommen: Der Reichstag bestimmt den Schluß der Sitzungsperiode und den Tag des Zusammentritts. Bei Artikel 47 (Auflösungsrecht des Reichspräsidenten)

## Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

### 11. Fortsetzung.

Eine Weile schloß er die Augen; dann sagte er nach: „Es ist nicht viel, doch hast du mehr daran, als du bei mir gewohnt warst. Möge es dir zu deinem Erdenleben dienen!“ Unter den Dankworten des Sohnes schloß der Alte ein. Er hatte nichts mehr zu bejagen; und schon nach einigen Tagen hatte der dunkle Engel des Herrn ihm seine Augen für immer zugedrückt, und Hauke trat dem väterlichen Erbe an.

Am Tage nach dem Begräbnis kam Elfe in dessen Haus. „Danke, daß du einguckst, Elfe!“ rief Hauke ihr als Gruß entgegen.

Über sie erwiderte: „Ich guck nicht ein; ich will bei dir ein wenig Ordnung schaffen, damit du ordentlich in deinem Hause wohnen kannst! Dein Vater hat vor seinen Zahlen und Nüssen nicht viel um sich gesehen, und auch der Tod schafft Wirral; ich will's dir wieder ein wenig leibig machen!“

Er sah aus seinen grauen Augen voll Vertrauen auf sie hin: „So schaff nur Ordnung!“ sagte er; „ich hab's auch lieber.“

Und nun begann sie aufzuräumen: das Reibbrett, das noch halig, wurde abgestäubt und auf den Boden getragen; Reibfedern und Bleistift und Kreide sorgfältig in einer Schattenschuhblase weggeschloßen! dann wurde die junge Dienstmagd zur Hilfe hereingerufen und mit ihr das Geräde der ganzen Stube in eine andere und bessere Stellung gebracht, so daß es anständig, als sei dinstelle nun heller und größer geworden. Lächelnd sagte Elfe: „das können nur wir Frauen!“ und Hauke, trotz seiner Trauer um den Vater, hatte mit glücklichen Augen zugehört; auch wohl selber, wo es nötig war, geholfen.

Und als gegen die Dämmerung — es war zu Anfang des Septembers — alles war, wie sie es für ihn wollte, sagte sie seine Hand und nickte ihm mit ihren dunkeln Augen zu: „Nun komm und ih bei uns zu Abend; denn meinem Vater hab ich's verprochen müssen, dich mitzubringen; wenn du dann heimgehst, kannst du ruhig in dein Haus treten!“

Als sie dann in die geräumige Wohnstube des Deichgrafen trat, wo bei verschloßenen Türen schon die beiden Lichter auf dem Tisch brannten, wollte dieser aus seinem Rehnstuhl in die Höhe, aber mit seinem schweren Körper zurückstehend, rief er nur einem früheren Knecht entgegen: „Nicht, recht, Dank, daß du meine alten Freunde ausschiffst! Komm nur näher, immer näher!“ Und als Hauke an seinen Stuhl getreten war, sagte er dessen Hand mit seinen beiden runden Händen: „Nun nun, mein Junge“, sagte er, „sei nur ruhig jetzt; denn sterben müssen wir alle, und dein Vater war keiner von den Schlechtesten! — Aber Elfe, nun sorg, daß du den Braten auf den Tisch kriegst, wir müssen

uns stärken! Es gibt viel Arbeit für uns, Hauke! Die Herbstschau ist in Anmarsch; Deich- und Stielrechnungen haushoch; der neuliche Deichschaden am Westerkoo — ich weiß nicht, wo mir der Kopf steht; aber deiner Gott Lob, ist um ein gut Stück jünger; du bist ein braver Junge, Hauke!“

Und nach dieser langen Rede, womit der Alte sein ganzes Herz dargelegt hatte, ließ er sich in seinen Stuhl zurückfallen und blinzelte hehnfüchtig nach der Tür, durch die Elfe eben mit der Bratenkühle hereintrat. Hauke stand lächelnd neben ihm. „Nun sch dich“, sagte der Deichgraf, „damit wir nicht unnötig Zeit ver-spillen; kalt schmeckt das nicht!“

Und Hauke setzte sich; es sah ihm Selbsterkenntnis, die Arbeit von Elfes Vater mitzutun. Und als die Herdgeschau dann gekommen war, und ein paar Monde mehr ins Jahr gingen, da hatte er freilich auch den besten Teil daran getan.

Der Erzähler hieß inne und blickte um sich. Ein Köwenstür war gegen das Fenster geschlagen, und draußen vom Hausflur aus wurde ein Trampeln hörbar, als ob einer den Kie von seinen schweren Stiefeln abtrete.

Deichgraf und Genallmächtige wandten die Köpfe gegen die Stubentür. „Was ist?“ rief der erstere.

Ein starker Mann, den Südwester auf dem Kopf, war eingetreten. „Herr“, sagte er, „wir beide haben es gesehen, Hans Nicks und ich; der Schimmelreiter hat sich in den Bruch gestürzt!“

„Wo sahst du das?“ fragte der Deichgraf.

„Es ist ja nur die eine Wehle; in Jansens Zenne, wo der Hauke Hantekoo beginnt.“

„Sahst du's nur einmal?“

„Nur einmal; es war auch nur wie Schatten; aber es braucht drum nicht das erste Mal gewesen zu sein.“

Der Deichgraf war aufgestanden. „Sie wollen entschuldigen“, sagte er, sich zu mir wendend, „wir müssen draußen nachsehen, wo das Unheil hin will!“

Dann ging er mit dem Boten zur Tür hinaus; aber auch die übrige Gesellschaft brach auf und folgte ihm.

Ich blieb mit dem Schullehrer allein in dem großen öden Zimmer; durch die unverschämten Fenster, die nun nicht mehr durch die Räden der danor stehenden Gasse verdeckt wurden, sah man frei hinaus, und wie der Sturm die dunklen Wolken über den Himmel jagte. Der Alte sah noch auf seinem Platze ein überlegenes, fast mittelaltiges Lächeln auf seinen Lippen. „Es ist hier zu leer geworden“, sagte er: „darf ich Sie zu mir auf mein Zimmer laden? Ich möhe hier am Hauke; und glaube: Sie mir, ich kenne die Wetter hier am Deich; für uns ist nichts zu fürchten.“

Ich nahm das dankend an; denn auch mich wollte hier zu früheln anfangen, und wir fliegen unter Mitnahme eines Lichtes

die Stiegen zu einer Giebestube hinauf, die zwar gleichfalls gegen Westen hinauslag, deren Fenster aber jetzt mit dunklen Wolstteppichen verhangen waren. In einem Bücherregal sah ich eine kleine Bibliothek, daneben die Portraits zweier alter Professore; vor einem Tische stand ein großer Dyrerlehnstuhl. „Wahnen Sie sich's bequem!“ jagte mein freundlicher Wirt und warf einige Loth in den noch glimmenden kleinen Ofen, der oben von einem Blechgefäß gekrönt war. „Nur noch ein Weißchen! Er wird bald saufen; dann brau ich uns ein Gläschen Grog; das hält Sie munter!“

„Dessen bedarf es nicht“, sagte ich; „ich werd nicht schläfrig, wenn ich Ihren Hauke auf seinem Lebensweg begleite!“

„Meinen Sie?“ und er nickte mit seinen klugen Augen zu mir herüber, nachdem ich behaglich in seinem Rehnstuhl untergebracht war. „Nun, wo blieben wir denn?“ — „Ja, ja; ich weiß schon! Also!“

Hauke hatte sein väterliches Erbe angetreten, und da die alte Antje Kohlers auch ihrem Leiden erlegen war, so hatte deren Zenne es vermehrt. Über seit dem Tode, oder richtiger, seit den letzten Worten seines Vaters war in ihm etwas aufgewachen, dessen Reim er schon seit seiner Knabenzeit in sich getragen hatte; er wiederholte es sich mehr als zu oft, er sei der rechte Mann, wenn's einen neuen Deichgrafen geben müße. Das war es: sein Vater, der es verstanden mußte, der ja der klügste Mann im Dorf gewesen war, hatte ihm dieses Wort wie eine letzte Gabe seinem Erbe beigelegt: die Wohlherliche Zenne, die er ihm auch verbannte, sollte den ersten Trittelein zu dieser Höhe bilden! Denn, freilich, auch mit dieser — ein Deichgraf mußte noch einen andern Grundbesitz aufweisen können! — aber sein Vater hatte sich einjame Jahre knapp beschaffen, und mit dem, was er sich entzogen hatte, war er des neuen Besten Herr geworden; das konnte er auch, er konnte noch mehr; denn seines Vaters Kraft war schon verbraucht gewesen, er aber konnte noch jahrelang die schwerste Arbeit tun!

Freilich, wenn er es dadurch nach dieser Seite hin erzwang, durch die Schärpen und Spinnen, die er der Verwaltung seines alten Dienstherrn zugeföhrt hatte, war ihm eben keine Freundschaft im Dorf zu Wege gebracht worden, und Die Peters, sein alter Wiberjacher, hatte jüngst eine Erbchaft getan und begann ein wohlhabender Mann zu werden! Eine Reihe von Ge-schickern ging vor seinem innern Blick vorüber, und sie sahen ihm alle mit bösen Augen an; da sagte ihn ein Groll gegen diese Menschen, er strackte die Arme aus, als griffe er nach ihnen; denn sie wollten ihn vom Amte drängen, zu dem von allen nur er berufen war. — Und die Gedanken ließen ihn nicht; sie waren immer wieder da, und so wußten in seinem jungen Herzen neben der Ehrenhaftigkeit und Liebe auch die Ehrfurcht und der Haß. Über diese beiden verflocht er tief in seinem Innern; selbst Elfe ahnte nichts davon.

entstand eine lebhafte Debatte über die Frage, ob der Präsident befreit sein sollte, selbstständig oder nur mit Zustimmung und Gegenzeichnung des Ministerrats den Reichstag aufzulösen. Ein Antrag in letzterer Richtung war von sozialdemokratischer Seite gestellt. Die Weiterberatung wurde auf Montag nachmittags vertagt.

### Militärfragen.

#### Neue Regelung der Gehälter.

Zwischen dem Reichsfinanz- und dem Kriegsminister wurden neue Verfügungen vereinbart, die in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Die wichtigsten Verbesserungen dürften für diejenigen Unteroffiziere, die durch Dienstgeschäfte verhindert sind, in die Reichswehr überzutreten, darin bestehen, daß ihnen eine feste Leberungszulage von drei Mark bis auf weiteres bewilligt werden wird, die an Stelle der bisher nur bei besonderer Arbeitskraft vorgeesehenen Nacht- und Arbeitszulage tritt; ferner werden Militärauswärtiger in ihrer Bezahlung während der Probezeitleistungen, wo sie besonders ungünstig gestellt waren, dadurch verbessert, daß sie die vollen Bezüge behalten. Die bei Gelegenheit der Abschaffung der Arbeitszulage auch für die Mannschaften durchgeführte Bewilligung einer festen täglichen Leberungszulage von zwei Mark kommt auch den Lazarettkranken zugute und mildert auch dadurch die Härte, die in dem Unterschied zwischen Lazarettkranken, nichtfreiwilligen und freiwilligen Heeresangehörigen bisher besteht. Eine grundsätzliche Einigung der beiden Ministerien wurde auch darüber erzielt, daß den Unteroffizieren beim Uebertritt in die Reichswehr, auch wenn dort im Augenblick des Uebertritts keine Unteroffiziersstelle frei ist, ihre Gehalts- und Wohnungsansprüche erhalten bleiben.

### Voraussetzungen der Sozialisierung.

Von Otto Bauer (Wien).

Von der österreichischen Bruderpartei wurde eine kleine Broschüre des Ministers Bauer herausgegeben: „Der Weg zum Sozialismus“, deren Studium allen Genossen zu empfehlen ist. Wir bringen heute ein Stück aus dem Schlußkapitel, das besonders aktuell ist.

Die erste Voraussetzung der Sozialisierung ist Selbstverständlichkeit der Ziele. Keine der Maßregeln, die wir erörtert haben, ist möglich, solange wir noch im Kriegszustand leben, solange unsere Grenzen noch nicht festgesetzt sind, solange das Meer noch nicht frei ist. Wir können zum Beispiel die Vermögensabgabe nicht durchführen, solange wir nicht wissen, welche Gebiete zu unserem Staat gehören werden, solange wichtige Teile unseres Staatsgebietes von fremden Truppen besetzt sind und solange die Aufteilung der Kriegsanleihe auf die einzelnen neuen Staaten noch nicht geregelt ist. Wir sind nicht frei, unsere Gesellschaftsverfassung nach unserem eigenen Willen, unabhängig von den herrschenden Klassen der Ententeländer, neuzugestalten, solange wir Lebensmittel und Kohle nicht mit den Erzeugnissen unserer Arbeit bezahlen, sondern nur auf Borg aus den Händen des Siegers zugeteilt bekommen können. Wir müssen zuerst wieder Frieden haben, die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen muß zuerst wieder frei werden, unsere Maschinen müssen zuerst wieder in Gang gebracht werden, wir müssen zuerst wieder zu arbeiten beginnen, damit wir nicht mehr von der Gnade des Siegers abhängig, nicht mehr seinem Willensgebot unterworfen, sondern frei sein, unsere gesellschaftlichen Verhältnisse nach unserem eigenen Bedürfnis und unserem eigenen Willen zu gestalten.

Friede und Arbeit sind die äußeren Voraussetzungen der Erfüllung unserer Aufgabe. Ihre innere Voraussetzung aber ist, daß das Volk, das die hehren arbeitenden Volksmassen in Stadt und Land die soziale Neugestaltung wollen. Manche meinen fälschlich, es genüge, daß sich ein paar tausend beherzte und tatkräftige Männer durch einen Handreich der Staatsgewalt benachteiligen; die würden dann der breiten Masse des Volkes den Sozialismus deklamieren können. Aber das ist ein Irrtum. Denn wie könnte eine kleine Minderheit, die mit terroristischen Mitteln die breiten Volksmassen zur Unterwerfung unter ihren Willenszwänge, den großen gesellschaftlichen Produktionsapparat verwalten? Gewiß, auch sie könnte durch erbarmungslosen Terror die Kapitalistenklasse enteignen, auch sie von irgendeiner revolutionären Zentralkasse aus den Produktionsapparat beherrschen. Aber das würde ein burenokratischer Sozialismus, kein demokratischer; denn die revolutionäre Zentralkasse könnte die Fabriken und die Bergwerke und die Landgüter nicht anders regieren als durch eine von ihr eingesetzte Bürokratie, deren Geboten ihre Krone Gehorsam erzwänge. Wir aber wollen nicht einen bürokratischen Sozialismus, der die Beherrschung des ganzen Volkes durch eine kleine Minderheit bedeuten würde. Wir wollen den demokratischen Sozialismus, das heißt die wirtschaftliche Selbstverwaltung des ganzen Volkes. Durch ein ganzes System demokratischer Organisationen soll das Volk sein Wirtschaftsleben selbst verwalten; wir haben viele Organisationen in unseren früheren Abhandlungen kennen gelernt. Die Arbeiteratschüsse in den einzelnen Betrieben, die Mieteratschüsse in den einzelnen Wohnhäusern, die Gewerkschaften, Konsumvereine und die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Städte- und Landgemeinden, die Verwaltungsräte der einzelnen Industriezweige und die Aufsichtsräte der einzelnen Landgüter, die Bezirksratgeberinnen und ihre Beiräte, die Landeskulturräte und der Reichslandwirtschaftsrat, der Verwaltungsrat der nationalen Zentralkasse und schließlich die Nationalversammlung und die aus ihr gebildete Regierung, das sind die wichtigsten Organisationen, die an die Stelle der Kapitalisten und der Grundbesitzer treten, die Arbeitsmittel verwalten, die Arbeit leiten, das Wirtschaftsleben regeln werden. Ein solches System wirtschaftlicher Selbstverwaltung des Volkes setzt aber die wertvolle Teilnahme, die freiwillige Mitarbeit der breiten Volksmassen voraus. Es kann dem Volke nicht durch eine kleine Minderheit aufgezwungen werden, sondern nur aus dem eigenen Willen der arbeitenden Volksmassen hervorgehen. Darum ist die erste Voraussetzung des Sozialismus, daß die breiten Massen des Volkes, daß die Mehrheit des Volkes von sozialistischer Ueberzeugung erfüllt, vom Willen des Sozialismus befreit wird.

Aber der Sozialismus hat noch eine andere Voraussetzung: es muß ein Staat voraus, der seinen Willen nach sich ziehen, die soziale Umwälzung durchzuführen... Darum muß der Kampf um den Sozialismus in Österreich zunächst geführt werden als ein Kampf um den Anschluß an Deutschland.

auch auf anderen Wegen kommen. Wenn unser Volk die Notwendigkeiten der Stunde nicht begreift, wenn sich die bestehenden Klassen dem Notwendigen und Unvermeidlichen widersetzen und die arbeitenden Volksmassen, beirrt und beirrt, ihr eigenes Interesse nicht erkennen und die politischen Machtmittel, die die demokratische Republik ihnen gegeben hat, nicht zu gebrauchen verstehen, dann würde der Sozialismus freilich auf andere Weise kommen; nicht als das Ergebnis der stetig ausbauender Arbeit, sondern als die Folge eines zufälligen Ereignisses, der zuerst alles zerstört, alles vernichtet, damit die Trümmer der alten Welt eine neue erste. Käme der Sozialismus auf diesem Wege, dann müßten wir alle ihn zuerst kaufen; er käufte sich durch die Jahre des Bürgerkrieges, er käufte sich mit ungeheurerlicher Zerstörung unserer Produktionsmittel, er käufte sich mit noch vielen Jahren gesteigerten Elends, mit noch viel schrecklicherer Not, als die ist, die der Krieg über uns gebracht hat. Der Sozialismus ist zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden: kommen wird er auf jeden Fall. Fraglich ist nur, auf welchem Wege er kommen soll. Arbeiten wir alle daran, daß er komme, nicht als das Ergebnis verheerender Katastrophen, sondern als die Frucht zielbewusster Arbeit!

### Aus der Partei.

Die Zentralkasse für die arbeitende Jugend Deutschlands hat den Genossen Heinrich Schütz zum Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Genosse Ebert, hat das Amt infolge seiner Wahl zum Reichspräsidenten niedergelegt, nachdem er seit der Begründung der Zentralkasse viele Jahre lang diesen beschwerlichen Posten verwaltet hat und jederzeit ein eifriger Förderer der Jugendbewegung gewesen ist. Wie sehr ihm die Sache der Jugend am Herzen lag, beweisen die folgenden Worte aus einem Schreiben, das er anlässlich der Niederlegung seines Amtes als Vorsitzender an die Zentralkasse gerichtet hat:

„Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne zum Ausdruck zu bringen, daß ich nur mit lebhaftem Bedauern die Tätigkeit in der Zentralkasse der arbeitenden Jugend aufgeben. Gerade dieses Arbeitsgebiet war mir besonders lieb, da nach meiner Ueberzeugung von der weitgehenden Aufklärung und Gewinnung der Arbeiterjugend die Zukunft unserer Partei abhängt. Ich möchte Ihnen in Ihrer ferneren Arbeit den besten Erfolg und hoffe, daß es mir möglich sein wird, auch in meiner jetzigen Stellung manches Ersprießliche zum Wohle der arbeitenden Jugend zu schaffen.“

Zustimmen für die Zentralkasse sind zu richten an Heinrich Schütz, Berlin SW. 88, Lindenstraße 8.

### Was sie am Kriege verdienten.

Die Düsseldorfener „Freie Presse“ bringt eine ebenso interessante wie lehrreiche Zusammenstellung der Kriegsgewinne Düsseldorfener Ordnungsbürger und Durchhalter. Wir teilen da u. a.:

„Es waren wir uns einmal die Einkommenverhältnisse von einigen Lebensmittelhändlern und ähnlichen Gewinnverwandten an.“

Table with 4 columns: Name, 1915, 1916, 1917. Lists incomes for various professions like Karichhändler, Bäckhändler, etc.

Die Beispiele könnten wir aus dem uns zur Verfügung stehenden Material noch beliebig vermehren.

Lassen wir nun etliche Kriegsgewinner folgen. Da hatten

Table with 4 columns: Name, 1915, 1916, 1917. Lists incomes for various professions like Papierfabrik, Lederfabrik, etc.

Nicht wenige dieser herrschaftlichen Mägen während der Kriegszeit auf die hohen Löhne der Arbeiter geschimpft haben.

Einigen Anschlag darüber, woher die Hunderttausende kommen, über die die Demokraten zur Durchführung ihrer demokratischen Reformen verfügen, gibt uns ebenfalls die Steuerstatistik. Da hatten ein heuerbares Einkommen:

Table with 4 columns: Name, 1915, 1916, 1917. Lists incomes for various professions like ein Brotfabrikant, Kaffee-Geschäftsbeführer, etc.

Und wenn wir ein klein wenig in die Ferne schweifen, dann finden wir auch, daß die Schlinglinge des Zentrums in den schwarzen Domänen auf der linken Rheinseite ebenfalls sehr nett ihre Schätzchen geschoren haben. So hatte der Inhaber einer Militärverpflanzungsanstalt im Kreise Greveneroth 1914 ein Einkommen von 214 Mark 1917 185 600 Mark. Vermögen besaß der Mann 1914 keines, 1917 355 000 Mark; dann das Einkommen von zwei Gutsbesitzern:

Table with 4 columns: Name, 1914, 1915, 1916, 1917. Lists incomes for various professions like ein Gutsbesitzer, etc.

Diese Zahlen sprechen für sich; sie sind eine fürchterliche Anklage gegen das alte, vom Bürgerium gestiftete Regiment! Dabei geben sie uns die Summe an, mit denen sich die Kriegsgewinner selbst eingelassen haben; was noch verschleiert und nicht angegeben wurde, dürfte ebenfalls noch viele Millionen ergeben. ... Alle in 61 Düsseldorfener Steuerzahler haben ihr Einkommen von 1915 bis 1917 von 124 Millionen auf 22,9 Millionen Mark steigern können! Wie konnte auch Herr Dr. Deiser als Stadtoberhaupt mit besonderer Liebe daran denken, den Kriegsgewinnlern einen Teil ihrer Werte abzunehmen, wo in seiner Verwendbarkeit selbst einer ist, der im Jahre 1915 nur 210 000 Mark, im Jahre 1917 aber 2 946 000 Mark Vermögen hatte!

Hier wäre ein dankbares Feld für die Regierung geschaffen, die Kriegsgewinne der Wucherer dem Volke zurückzuführen.

### Wirtschaftliches.

Einstellung der dänischen Lebensmittel-Verfälscher. Die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Dänemark nach Deutschland ist plötzlich dänischerseits eingestellt worden. Wie verlautet, soll diese Einstellung mit den schwierigen deutschen Zahlungsverhältnissen in Zusammenhang stehen.

#### Höchstpreise für Kohlen.

Der Reichswirtschaftsminister setzte Höchstpreise für Kohlen fest, um die von dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat geforderte Kohlenpreiserhöhung unmöglich zu machen. Die festgesetzten Höchstpreise entsprechen den am 31. März in Geltung gemessenen Verkaufspreisen des Syndikats, und sie gelten vom 1. April ab. Eine endgültige Verordnung erscheint in den nächsten Tagen.

### Sociales.

Arbeitsgemeinschaft in der Holzindustrie. In der Holzindustrie finden zwischen Unternehmern und Arbeitgeberorganisationen seit dem Abbruch der Verhandlungen auf Wunsch einer Arbeitsgemeinschaft zur Regelung aller Fragen der Industrie statt. Eine Sitzung, die dieser Tage in der Berliner Handelskammer abgehalten wurde, hat das Problem nunmehr soweit der Bewirklichung entgegengebracht, daß man beschließen hat, einen festbestimmten Geschäftsführer anzustellen. Auch alle organisations-technischen Fragen sind erledigt. Man nimmt an, daß die Gemeinschaft am 1. Mai ihre Wirksamkeit beginnen wird.

Keine Arbeiterentlassungen ohne Arbeitszeiterhöhung. Das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung hat durch Änderung der Verordnung vom 4. Januar 1919 bez. Einstellung, Erlassung und Entlassung gewerblicher Arbeiter angeordnet, daß als unterste Grenze der Arbeitsleistung eine Wochenarbeitszeit von 24 Stunden für die Bemessung der Arbeitsleistung eines Arbeiters im Betrieb anzusehen ist.

Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland betrug nach dem Stande vom März d. J. im Reich 1 040 717 Personen.

### Aus Nah und Fern.

Ein militärischer Schieber-Zirkel. Vor einigen Tagen beschlagnahmte der Wirtschaftskommissar in München einen Waggon Zigarren. Alle Versuche der als Schieber bekannten Verkäufer, diese Zigarren freizubekommen, scheiterten an dem Widerstand, der ihnen von der Wirtschaftskommission entgegengesetzt wurde. Sie versuchten nun, den Waggon auf folgende Weise freizubekommen: Nachts um halb 1 Uhr versuchte der Syndikus eines großen Verbandes, der eigens wegen dieser Sache aus Berlin gekommen war, mit dem Geschäftsleiter der Wirtschaftskommission, Dr. Seeger, in dessen Hotel eine Rücksprache herbeizuführen. In der Annahme, daß es sich um eine wichtige Sache handle, wurde die Ausjurache gewährt. Es wurden dabei Herrn Dr. Seeger für das Freigeben der Waggonen - es sollen circa 20 sein - 60 000 Mk. geboten. Dr. Seeger ging scheinbar auf diesen Vorschlag ein, worauf die Verhaftung des Syndikus erfolgen konnte, der noch in der Nacht dem Mitglied der Kommission, Polizeipräsident Steimer, vorstellte wurde, der auch seine Vernehmung vornahm. Durch die vom Polizeipräsidenten getroffenen Maßnahmen konnten dann noch in der Nacht die an der Schiebererei beteiligten fünf Personen, darunter ein Großkaufmann und ein Zigarettenfabrikant, festgenommen werden.

Duftmord. Im Wienwald bei Leipzig wurde die 14jährige Johanna Weich aus Döllitz ermordet aufgefunden. Offenbar ist an dem Mädchen, das Östern konfirmiert werden sollte, ein Aufstoß verübt worden. Der Körper wies einen tödlichen Stich in den Hals und mehrere andere Stichwunden auf. Die Kleidung fand sich am Tatort nicht vor.

40 000 Mark aus einem Postbeutel geraubt. Auf einem Postamt in Bromberg wurde ein Postbeutel mit 40 000 Mark Bargeld gestohlen. Die Diebe sind noch nicht ermittelt.

In Pilsen a. d. Ruhr ist es zu Zusammenstößen zwischen Spartakisten und Regierungstruppen gekommen, als die letzteren eine Verammlung auflösen wollten. Von spartakistischer Seite wurden sie mit Handgranaten empfangen, die aus den Fenstern herausgeworfen wurden und vier Mann der Regierungstruppen schwer verletzten. Diese forderten darauf die Verammlung auf, sofort die Hände hochzuhalten. Zwei Arbeiter, die der Aufforderung nicht nachkamen, wurden sofort erschossen. Die Anwesenden, etwa 200 Männer und Frauen mußten dann mit erhobenen Händen im Laufschrift zur Kaserne ziehen. Sämtliche Straßen um den Dickswall, Kaiserstraße usw. wurden durch Regierungstruppen abgesperrt und die gesamten Häuser des Blocks nach Waffen und Spartakisten durchsucht.

Schismorensuch eines ungarischen Multimillionärs. Der frühere Inhaber der Csepeler Munitionsfabrik Manfred Weich in Budapest, noch vor zehn Tagen ein vielfacher Millionär, verfiel sich mit Veronal und wurde in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Manfred Weich hat während des Krieges für 30 Millionen Kronen Kriegslieferungen ausgeführt und 50 Millionen Kriegsanleihen gezeichnet, die natürlich bei diesem Geschäft „verdient“ wurden.

Eine Tragödie auf Labrador. In Labrador auf Newfoundland ist unter der Küstendörferung, die hauptsächlich aus 3000 Eskimos besteht, eine schwere Grippe-Epidemie ausgebrochen. Viele Leichen sind von den Hunderten gestreut worden. Man glaubt, daß höchstens noch 400 Eskimos längs der ganzen Küste am Leben sind. Wegen der Eishindernisse an der Küste hat die Regierung bisher keine Hilfe bringen können.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

#### Vom „freien“ Handel.

Eben ist der freie Handel für Eier eröffnet, schon steht man an den Schaufenstern große Plakate „Eier ohne Marken, Stück 1 Mk.“ Wie lange sie zu diesem Preise noch zu haben sind, steht dahin. Wenn bezugsfertig gebudelt wird, hat man auch kein Recht, über Streifen und Lohforderungen zu sprechen. Entweder man bestraft den Kaufmann, weil er die Eier zu teuer kaufte oder den Lieferer, weil seine Hühner mit einem Male so teure Eier legen. Wenn dagegen nicht sofort eingeschritten wird, soll man sich auch nicht wundern, wenn eines Tages die Eier von außen durch die Scheiben geholt werden, denn nicht jeder kann für ein Ei 1,00 Mk. und vielleicht noch mehr bezahlen. S.

#### Briefkasten.

H. A. In dem betr. Artikel muß es 1. August 1914 heißen.

**Interate** finden durch den „Überreiter Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rednet, interate im Überreiter Volksboten.